Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269. Donnerstag, den 15. November 1917. 24. Jahrg.

Von sozialdemokratischer und nationalliberaler Taktik.

Die nationalliberalen Parlamentarier, die sich an der Aufstellung des Programms für die neue Regierung und an ihrer Bildung beteiligt haben, sind lebhaften Angriffen aus dem eigenen Lager ausgesetzt. Haben sie doch dadurch die Alldeutschen um die erhoffte Gelegenheit gebracht, zwischen die Mehrheitsparteien einen Keil zu treiben, die Sozialdemokratie zu vereinzeln und die neue Mehrheitsbildung aus Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum anzubahnen. Die Angriffe gegen die nationalliberale Führerschaft sind umso leichter zu begründen, als diese bis unmittelbar zu den letzten Krisentagen sich gegen das gleiche Wahlrecht für Preußen und gegen eine zu weitgehende Parlamentarisierung ausgesprochen hatte. Auch hatte sie mehrfach betont, daß sie mit der Friedensresolution vom 19. Juli und ihrer Erwähnung in der Antwort an den Papst nicht einverstanden sei und nur eine solche Politik für gesund halten könne, die keine zur Mitarbeit bereite Partei ausschlösse, auch die konservative nicht.

Der neue Parteivorsitzende Dr. Stresemann, Bassermanns Nachfolger in der Führung der Reichstagsfraktion, leugnet diesen Widerspruch zwischen dem eigentlich nationalliberalen Gedankengang und seinem praktischen Verhalten nicht. Gleichwohl beharrt er dabei, daß dieses Vorgehen der Nationalliberalen notwendig gewesen sei.

Die Beweisführung, die er dafür in langen Aufsätzen der „Nationalzeitung" und Nationalliberalen Korrespondenz" antritt, geht von dem Gedanken aus, daß Deutschlands militärische Lage unerhört günstig sei und der Sieg gesichert erscheinen müsse, wenn nicht innere Wirren uns darum betrögen. Die innerpolitischen Reibungen seien die stärkste Hoffnung der Feinde; gelänge es jetzt, eine Art Burgfrieden wieder herzustellen, nicht die geschlossene Einheit vom August 1914, aber doch wenigstens eine gewisse Verträglichkeit, so würden dadurch unzweifelhaft die Friedensaussichten verbessert und damit der ganzen Welt ein großer Dienst erwiesen. Aber auch, wenn der Krieg weiter ging, sei die Haltung der Nationalliberalen richtig gewesen. Die größten Gefahren im Innern seien Krisen in der Munitionsindustrie, Konflikte, Arbeitseinstellungen; die Gefahr solcher Zusammenstöße wachse, wenn die Sozialdemokratie erst einmal in grundsätzliche Gegnerschaft zu einer Regierung gedrängt sei. Die Kreditablehnung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion könnte für die Munitionsarbeiter und vielleicht sogar für einzelne Männer im Heere leicht als Signal aufgefaßt werden, daß sie nun keine Rücksicht mehr auf Deutschlands Notlage zu nehmen brauchten. Die Nationalliberalen hätten sich deshalb große Mühe gegeben, auch über das hinaus, was sie selbst für richtig hielten, der Sozialdemokratie entgegenzukommen, um sie bei der Mehrheit zu halten.

Unzweifelhaft sind damit die Gründe des äußerlich ziemlich widerspruchsvollen Verhaltens der Nationalliberalen vollkommen aufrichtig dargelegt. Die Sozialdemokratie hat niemals gedroht, wegen irgend welcher inneren Streitfragen Kriegskredite zu verweigern; sie steht auch mit der Arbeit in der Munitionsindustrie in keinerlei unmittelbarem Zusammenhang, da die Arbeitsverhältnisse zunächst Sache der Gewerkschaften sind. Aber trotzdem haben die Nationalliberalen eine richtige Empfindung dafür, daß die deutsche Kraft an der Front und die Arbeit im Innern besser gesichert sind, solange die Sozialdemokratie den Kriegskrediten zustimmen kann, als wenn dies nicht der Fall ist. Die Furcht davor, diese großen deutschen Werte zu verlieren, veranlaßt die Nationalliberalen zu innerpolitischen Zugeständnissen, die eigentlich ihrer Ueberzeugung zuwiderlaufen. Hier kann man mit Händen greifen, daß die Fortschritte, die wir zu machen im Begriffe sind, ganz unmittelbar durch die Taktik der Sozialdemokraten herbeigeführt worden sind.

Haben aber die Nationalliberalen wirklich die von Stresemann vertretene Gedankenrichtung, dann müssen sie auch dafür sorgen, daß nun mit der nötigen Beschleunigung aus den Versprechungen Wirklichkeiten werden. Der neue nationalliberale Vizekanzler in Preußen Dr. Friedberg hat sich wiederholt — zuletzt noch in einer Rede vom 7. Oktober d. Js. auf dem nationalliberalen Vertretertag in Hannover — scharf gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Nach der aufgezeigten Ueberlegung kann man es begreifen, wenn er jetzt trotzdem das Ministeramt für die Durchführung der Wahlreform übernommen hat. Aber gerade wenn das Streben der Nationalliberalen dahin geht, bei den Arbeitern die Ueberzeugung zu erhalten, daß es sich lohnt, für Deutschland zu kämpfen und zu darben, müssen sie hinter diese Wahlreform den nötigen Eifer stellen. Vier Monate sind bereits seit dem Versprechen des gleichen Wahlrechts und dem Sturze Bethmann-Hollwegs ins Land gegangen, und noch immer ist die Wahlrechtsvorlage nicht eingebracht. Am 6. November sollte die erste Lesung stattfinden; jetzt heißt es, sie werde am 3. Dezember sein, aber noch immer steht der Termin nicht fest. Diese lange Verzögerung muß neues Mißtrauen wecken und dadurch den Vorteil gefährden, den die Liberalen sich von ihrem Entgegenkommen für die Stimmung der Arbeiter versprechen. Darum mögen sie nicht länger säumen, sondern endlich zur Tat schreiten.

Wie sieht es in Rußland aus?

Wenn auch heute noch nicht ein genaues Bild über die Lage in Rußland gegeben werden kann, so kann doch mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß die Entente-Nachrichten über einen Sieg Kerenskis nicht zutreffen. Verschiedene Nachrichten lassen im Gegenteil darauf schließen, daß die Maximalisten bisher im Kampf um die russische Hauptstadt Sieger geblieben sind. Reuter selbst meldet nämlich:

Gestern besiegte die revolutionäre Armee nach erbittertem Kampfe bei Zarskoje Selo die gegenrevolutionären Truppen unter Kerenski und Kornilow vollständig. Im Namen der revolutionären Regierung befehle ich, allen Feinden der revolutionären Demokratie Widerstand zu bieten und alle für die Verhaftung Kerenskis notwendigen Maßregeln zu treffen. Auch verbiete ich ähnliche, abenteuerliche Unternehmungen, die das Gelingen der Revolution und den Triumph der revolutionären Armee in Gefahr bringen. Gez. Murawjew, Oberbefehlshaber der gegen Kornilow kämpfenden Truppen.

Im Zusammenhange damit wird nachstehender Aufruf veröffentlicht:

Die Nach vom 12. November wird in der Geschichte fortleben. Auf Kerenskis Versuch, gegenrevolutionäre Truppen gegen die Hauptstadt vorrücken zu lassen, ist eine entscheidende Antwort gegeben. Kerenski zieht sich zurück. Wir ergreifen die Offensive. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter von Petersburg wissen, daß sie mit den Waffen in der Hand dem Willen der Demokratie zum Siege verhelfen müssen. Sie werden das tun. Die Bourgeoisie trachtete danach, die Armee von der Revolution zu scheiden. Kerenski versuchte sie durch die Macht des Kosakentums zu vernichten. Beide Versuche mißglückten. Arbeiter und Bauern! Der große Gedanke der Oberherrschaft der Demokratie vereinigte alle Ränge in der Armee und stählte ihren Willen. Das ganze Land wird sehen, daß die Herrschaft des Sowjets nicht nur vorübergehender Natur, sondern eine unabänderliche Tatsache ist, daß sie die Uebermacht der Arbeiter und Bauern bedeutet. Kerenski Widerstand leisten, heißt den Grundbesitzern, Bourgeois und Kornilow Widerstand leisten. Kerenski bekämpfen, bedeutet auch eine Befestigung des Rechtes des Volkes auf Frieden, Freiheit, Land, Brot und Macht. Die Palkow-Abteilung stärkte durch einen tapferen Schlag die Sache der Arbeiter und Bauern. Es darf keine Rückkehr zur Vergangenheit mehr geben. Wir müssen noch kämpfen und uns aufopfern, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, aber der Weg ist jetzt frei und der Sieg ist sicher. Das revolutionäre Rußland und die Sowjets haben das Recht, darauf und auf ihre Palkow-Abteilung, die unter dem Befehl des Obersten Walden stand, stolz zu sein. Laßt uns allezeit der Gefallenen gedenken und die Kämpfenden verherrlichen. Lang lebe das revolutionäre, demokratische und sozialistische Rußland!

Im Namen der Volkskommissare: gez. Trotzky.

Eine gewisse Bestätigung vorstehender Meldungen liegt in folgender Nachricht aus Kopenhagen:

Das Blatt „Kalewa" vom Montag meldet, daß Kerenskis Truppen am Sonntag in Petersburg eingerückt seien, wo sich Teile der Garnison ihnen angeschlossen hätten. Es sei zu außerordentlich heftigen Straßenkämpfen gekommen, aber am Montag hätte sich die Lage gewandt. Die Truppen Kerenskis sind von dem Bolschewikiheer aus Reval im Rücken angegriffen, wobei 6000 Mann zu letzteren übergingen. Es verlautet, daß Kerenski im Hauptquartier in Gatschina gefangen genommen wurde, daß es ihm jedoch später gelungen sei, wieder zu entkommen.

Auch hiernach haben also die Maximalisten durch rechtzeitiges Eingreifen der Revaler Bolschewisten letzten Endes gesiegt.

Eine weitere Meldung besagt dagegen, daß Kerenski in Petersburg sei und so gut wie die ganze Stadt besetzt haben soll. Moskau sei das Hauptquartier der vorläufigen Regierung. Das letztere mag vielleicht zutreffen, das erstere aber bezweifeln wir stark.

Aus dem Wiener Kriegspressequartier wird folgender Aufruf mitgeteilt:

Russisches Hauptquartier, den 14. Nov., 8,30 Uhr vorm.

An alle im Namen der sofortigen Liquidierung der Krise, des erfolgreichen Kampfes gegen die Anarchie, des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte gegen das Anwachsen der Gefahr von rechts und der Erhaltung der Ruhe und Einigkeit an der Front:

Unterstützet alle das gemeinsame Armeekomitee in der Bildung einer einheitlichen Regierung und der Zusammensetzung von Anti-Nationalsozialisten bis einschließlich der Bolschewiki, aber auf der Grundlage der unverzüglichen Einberufung der verfassunggebenden Versammlung, des sofortigen Vorschlages eines allgemeinen Friedens und Uebergabe des Bodens an die Bodenkomitees.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Armeekomitee:
Perekrestow, Hauptquartier.

Dieser Aufruf bezweckt, den ausgebrochenen Bürgerkrieg einzudämmen. Ob es aber gelingen wird? In Interesse Rußlands und des Friedens möchten wir dem Vorgehen des Allgemeinen Armeekomitees — vorausgesetzt, daß es ehrliche Absichten verfolgt — Erfolg wünschen.

*

Oesterreichisches zum russischen Friedensvorschlag.

Gegenüber der mißverständlichen Auslegung, als ob der am 10. November veröffentlichte **Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte** bereits einen russischen Friedensvorschlag bilde, so daß es jetzt an der österreichisch-ungarischen Regierung liege, hierzu Stellung zu nehmen, stellen die Blätter auf Grund von Informationen von unterrichteter Seite fest, daß eine derartige Auffassung natürlich **unrichtig** ist. **Der Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte bedeutet nicht einen Friedensvorschlag selbst.** Er ist eine **Anweisung** an die russische Regierung, im Sinne dieses Beschlusses an die Regierungen der kriegführenden Staaten mit einem Friedensvorschlag heranzutreten. Ob und in welchem Umfange das Petersburger Kabinett sich den Beschluß des Kongresses zu eigen machen wird, wissen wir nicht. **Tatsächlich ist ein solcher Friedensvorschlag bis zur Stunde weder in Wien noch in Berlin eingetroffen** und es liegen den Mittelmächten auch nicht Vorschläge der russischen Regierung wegen eines **Waffenstillstandes** vor. Solange aber die neuen Machthaber in Rußland mit ihren Vorschlägen nicht an uns herangetreten sind, kann unsere Regierung in dieser Frage nichts unternehmen. So wie die Dinge in Rußland augenblicklich liegen, läßt sich heute nicht sagen, ob die sozialistische Regierung sich an der Macht erhalten wird. Wie aus den Meldungen über die Vorgänge in Rußland zu ersehen ist, stehen die Anhänger Kerenskis und die Lenins miteinander entweder bereits im Kampfe oder diese Kämpfe werden in kürzester Zeit beginnen. Erst dann, wenn es sich **entschieden** haben wird, ob die Maximalisten in diesem Kampfe durchdringen, wird der Augenblick gekommen sein, in dem die neue russische Regierung ihre Friedensvorschläge erstatten und **unsere Regierung zu ihnen Stellung nehmen** kann.

Bevor dieser Kampf nicht ausgefochten ist, wird die Friedensfrage im Sinne des Beschlusses des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte nicht in Fluß geraten. Sollten aber die Maximalisten die Oberhand behalten und ihre Regierung dann in dem bewußten Sinne mit einem Friedensangebot hervortreten, **dann wird unsere Regierung sofort das Einvernehmen mit den Verbündeten herstellen und gemeinsam mit ihnen zu diesem Antrag Stellung nehmen.** Wie es schon im Leitartikel des „Fremdenblatts" vom Sonntag ausgedrückt ist, kann das Programm des Kongresses den Ausgangspunkt für **ernste Friedenserörterungen** mit der russischen Regierung bilden. **Der gerechte Friede ohne Annexionen und Kontributionen, den es im Auge hat, ist auch das Ziel der österreichisch-ungarischen Regierung.** Allerdings deckt sich das, was wir unter Annexionen verstehen und was bisher jedermann darunter verstanden hat, nicht mit dem, was die heutige russische Regierung damit meint. Zu diesem Punkt müßten unsererseits **Gegenvorschläge** gemacht werden, die ja von der russischen Regierung geradezu erwartet werden, da sie offenbar selbst erkennt, daß ihr Begriff von Annexion viel zu weit gespannt ist.

Sturz des Ministeriums Painleve.

Von M. Beer.

Seit dem Beginn des vierten Kriegsjahres scheint Frankreich in einem bodenlosen Schlamm von Skandalaffären untergetaucht zu sein. Vergeblich hatte sich eine schnelle und geheime Hand bemüht, Almereydas Mund auf immer zu stopfen — der Ausbruch der Korruption war nicht mehr aufzuhalten. Eine ganze Reihe problematischer Gestalten: Duval, Turmel, Bolo Pascha, Senator Humbert, Lenoir, Monnier, Leon Daudet 2c. tauchten in der Oeffentlichkeit auf, teils als Angeklagte, teils als Ankläger und Verschwörer, die die Atmosphäre Frankreichs mit Mißtrauen, Unruhe und Angst füllten und auch Männer wie Malvy, Caillaux und Paix-Seailles in den Verdacht brachten, am Vaterlandsverrat beteiligt zu sein.

Die Blicke der Nation richteten sich in dieser kritischen Zeit auf den Ministerpräsidenten Painleve und warteten ängstlich auf eine befreiende Tat. Es geschah jedoch nichts, um die Nation zu beruhigen. Painleve hatte doch als Minister Gelegenheit genug, hinter die Kulissen der Finanzoligarchie Frankreichs zu blicken und von deren unsauberen

Machinationen einige Kenntnis zu erhalten. Als jedoch der royalistische Leon Daudet es wagte, den Minister des Innern Malvy des Vaterlandsverrats zu zeihen, da glaubte das französische Volk, daß die Zeit gekommen sei, den Verleumdern den Prozeß zu machen. Anstatt aber mit den Todfeinden der Republik abzurechnen, lud sie Painleve zu einer freundlichen Unterredung ein und fertigte dann die ganze Angelegenheit mit einer jener fadenscheinigen Phrasen ab, die den französischen Parlamentariern zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Die Enttäuschung war allgemein. Der Kampf gegen Painleve nahm hierauf schärfere Formen an. Um sich zu retten, ließ er bei den Royalisten haussuchen, da diese angeblich Waffen versteckt hatten, um in einem ihnen günstigen Momente einen Aufstand gegen die Republik in Szene zu setzen. Das Ergebnis der Haussuchungen war ein Mißerfolg der Regierung. Die Waffen der modernen Royalisten sind nicht mehr Gewehre und Geschütze, sondern Verdächtigungen und Verleumdungen.

Diesem erfolglosen Ministerpräsidenten gegenüber hatten die Clemenceau, Briand, sowie die Sozialisten Thomas und Renaudel ein leichtes Spiel. Painleve, der die Lage mißverstand, versuchte vorerst, seinen Kollegen Ribot dem Volkszorne zu opfern. Er warf ihn über Bord und ersetzte ihn durch Barthou, um sich hierdurch die Gunst der Kriegshetzer und Chauvinisten zu erwerben. Die Opposition blieb jedoch unerbittlich. Sie verharrte auf ihrer Forderung nach einer starken, tatkräftigen Regierung, die das Volk begeistern, die Kriegsmüdigkeit und die öffentlichen Mißstände beseitigen könnte.

In Wahrheit brauchte Frankreich einen Herkules, um den Augiasstall reinigen zu können. Clemenceau glaubt noch, dieser Aufgabe gewachsen zu sein; nur verlangt er die Mitarbeit der Sozialisten. Denn er steht in schlechtem Ruf bei dem Proletariat, das die Brutalität des alten Tigers oft genug zu spüren bekam. Nähmen die Sozialisten die Werbungen ihres verbissensten Gegners an, so wäre ein Ministerium Clemenceau—Briand—Thomas wahrscheinlich. Halten sie, wie anzunehmen, ihre Absage an Clemenceau aufrecht, dürfte dieser als Anwärter ausscheiden.

*

Ueber die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des Kabinetts Painleve führten, meldet Havas:

Der Ministerpräsident verlas in der Kammer eine Erklärung, welche beginnt: Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit verpflichten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits bemächtigten sich die Extremisten Petersburgs dieser Stadt vorübergehend. Obgleich die letzten Nachrichten anzunehmen gestatten, daß die einstweilige Regierung die Macht wieder herstellen könnte, werden die Rückwirkungen dieser Erschütterung noch einige Zeit fühlbar sein. Anderseits hat die verhältnismäßige Bewegungsfreiheit an der Ostfront, welche die russischen Heere den deutschen Heeren gelassen, den letzteren erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Die italienische Nordostfront ist unter noch nicht aufgeklärten Umständen durchbrochen worden, die Zweite italienische Armee, die einige Wochen zuvor auf der Hochfläche von Bainsizza einen glänzenden Sieg erfochten hat, erlitt auf ihrem beklagenswerten Rückzuge erhebliche Verluste. Venetien stand dem feindlichen Einbruch offen. Diese ernste unerwartete Lage verlangte sofort eilige Maßnahmen, ohne auch nur auf den Ruf zu warten. Die herbeigeeilten französischen Truppen nahmen ihren Platz an der italienischen Front mittels einer Bewegung ein, deren schnelle und genaue Ausführung die Bewunderung aller, die davon Kenntnis nehmen konnten, erregte. Painleve besprach sodann die Frage des Mannschaftsersatzes und die Entlassung der älteren Jahrgänge, an die man jetzt nicht denken könne. Man verfolge bezüglich des Mannschaftsersatzes eine Politik, die alle Alliierten gemeinsam haben. Painleve erklärte dann, er nehme jede Interpellation diplomatischer oder militärischer Natur an, weigere sich aber, die Fragen der inneren Politik zu erörtern. Abel Ferry sagte, die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes der Alliierten ziele nur auf die Herstellung einer gemeinsamen Geheimkanzlei der Alliierten ab. Die Einheit der Handlung werde man nur durch die Verschmelzung der Streitkräfte und die gemeinsame Organisierung der englisch-französischen Front erlangen. Bis jetzt sei sie künstlich in zwei Teile gespalten. Lomercy befürwortete die Bildung einer gemeinsamen Heeresreserve, die unumgänglich notwendig sei infolge der Untätigkeit Rußlands.

Der ehemalige Kriegsminister Millerand bemerkte, jedermann kenne den Generalissimus, der die deutsche Offensive gegen Italien leite. Er frage, wann sich die Entente entschließen werde, die Führung der Operationen einem Generalissimus anzuvertrauen. (Beifall auf verschiedenen Bänken, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Renaudel forderte Painleve auf, der Kammer die Politik wissen zu lassen, die er in London und Italien betrieb. Painleve antwortete, die Kammer solle selbst erklären, ob die Regierung die nötige Autorität habe, um Frankreich auf der Konferenz der Alliierten zu vertreten. Der gemeinsame dauernde Generalstab der Alliierten werde sich nicht mit den Einzelheiten der militärischen Operationen befassen und solle nicht die Rolle des Oberkommandierenden spielen.

Hierauf nahm die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen die Tagesordnung Gordet (Vertrauenskundgebung) an, die von der Regierung angenommen war.

Accambray wünscht sodann den Kriegsminister über Schmähungen, die gegen ihn vorgebracht wurden, zu befragen. Painleve erklärte, daß die genaue Untersuchung Accambray von allen Anschuldigungen reinigte. Accambray antwortete, daß er die Bestrafung der Schuldigen erwarte. Die Kammer wurde sehr erregt. Die Rechte warf Accambray vor, daß er in Abwesenheit Abarnegaroys rede, der doch der Ankläger Accambrays war. Endlich, unter großem Lärm, verschob Accambray die Interpellation bis nach Beendigung der Untersuchung.

Auf der Tagesordnung standen darauf die Interpellationen über die innere Politik und über verschiedene schwebende gerichtliche Verfahren, in deren Verlauf Painleve verlangte, daß die Festlegung des Zeitpunktes der Interpellationen bis nach der Konferenz der Alliierten verschoben werden solle. Inmitten des Lärms verlangten verschiedene Abgeordnete eine sofortige Diskussion. Painleve bestand auf der Verschiebung der Interpellationen auf den 20. November und stellte die Vertrauensfrage. Die Vertagung der Interpellation wurde mit 277 gegen 186 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder verließen inmitten einer großen Bewegung den Saal.

Es scheint, als ob diese neue Ministerkrise von der Kammermehrheit selbst nicht ernsthaft gewollt war. Wahrscheinlich werden Bemühungen einsetzen, Painleve noch im Amt zu erhalten.

Die Kriegslage.

In Flandern steigerte sich am Abend die feindliche Artillerietätigkeit von der Küste bis zum Blankaartsee zu beträchtlicher Stärke. Besonders die Stadt Dixmuiden und die Stellungen östlich davon lagen unter starkem feindlichen Zerstörungsfeuer. Nördlich von Paschendaele wurde ein englischer starker Patrouillenvorstoß abgeschlagen und im Nachstoß unsere Linie vorgelegt. Seit 7 Uhr setzte am 14. November vom Houthoulster-Walde bis südlich von Paschendaele Trommelfeuer ein. Feindliche Lager und Bahnanlagen in Ypern und Fourmes wurden erfolgreich mit Bomben belegt.

In St. Quentin und nordöstlich Soissons lebte an einzelnen Frontstellen das Feuer auf. Westlich der Maas griff nachmittags die feindliche Artillerietätigkeit auch auf das östliche Maas-Ufer bis zur Gegend von Beaumont über und hielt bis zum Einbruch der Dunkelheit an.

In Italien wurden bei Schnee und Regen weitere starke Höhenstellungen der Italiener erstürmt. Das Panzerwerk auf dem Monte Lisser sowie die Orte Primolano und Feltre wurden genommen.

*

Berlin, 14. November, abends. (Amtlich.)

Im Westen und Osten keine größeren Kampfhandlungen.
In Italien erfolgreiche Kämpfe im Gebirge.

*

Wien, 14. November. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen sind gestern in Feltre eingerückt. Beiderseits des Sugana-Tals hat die Armee des Feldzeugmeisters Grafen Schleuchenstuel die in den letzten Tagen errungenen Erfolge mächtig ausgebaut. Ihre Divisionen erreichten Primolano und erstürmten, nachdem sie vorgestern den Monte Langara genommen hatten, bei hohem Schnee mehrere Verteidigungsanlagen östlich von Asiago und das Panzerwerk auf dem Monte Lisser. Die gegen Italien kämpfenden verbündeten Streitkräfte stehen somit von der Adria bis zum Basubio überall auf feindlichem Boden. Am Ledro-See warfen unsere Stoßtruppen den Feind aus zwei Stützpunkten, wobei Gefangene und Maschinengewehre in unserer Hand blieben.

Im Osten und auf dem Balkan nichts von Belang.

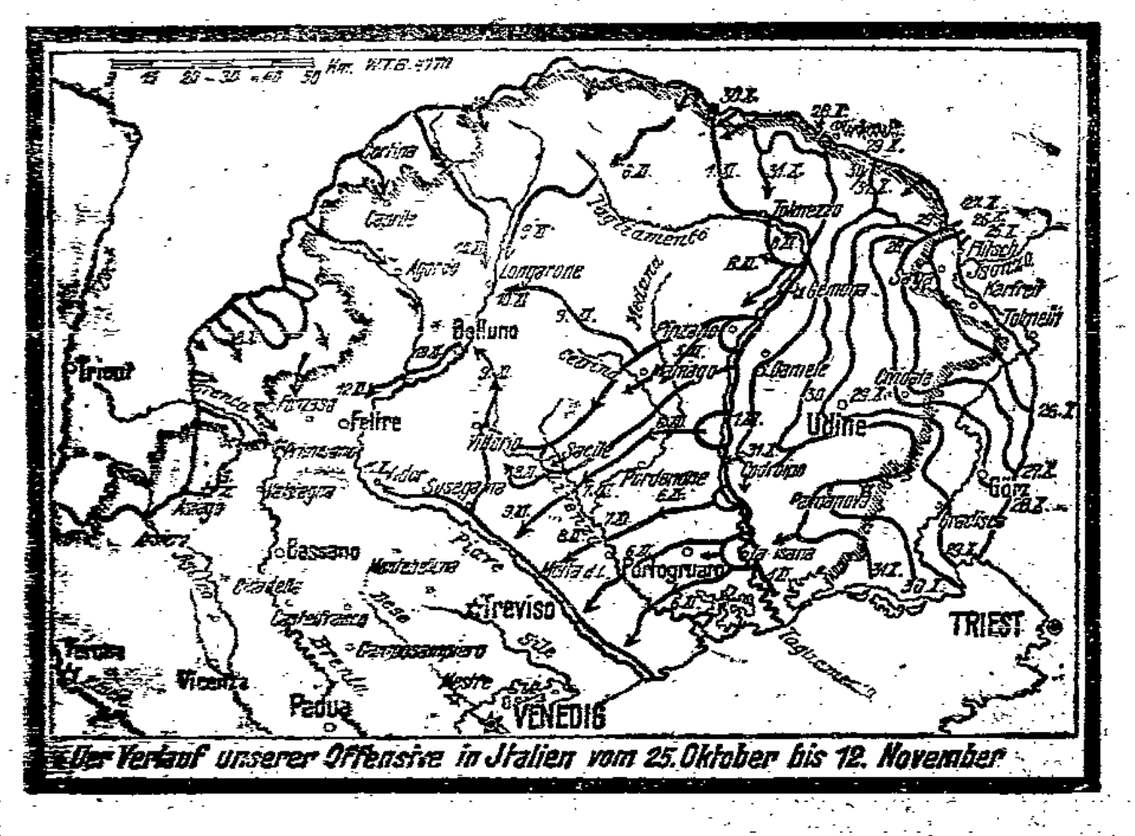
*

Italienischer Heeresbericht

vom 13. November: Auf der Hochfläche von Schlegen (Asiago) griff der Feind in der Nacht vom 12. 11. mit frischen beträchtlichen Kräften auf der Front Gallio—Monte Langora—Melitta di Gallio an. Nach sehr erbittertem Kampfe wurde der Gegner unter sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen. Bei dem entscheidenden Gegenangriff zeichneten sich das 9. Infanterie-Regiment die Brigade Regina und das Alpini-Bataillon Verona durch große Tapferkeit aus. Sie wurden von der Artillerie aller Kaliber unterstützt. Gestern wurden starke Bewegungen beim Feinde zur Vorbereitung eines neuen Angriffs durch unsere Artillerie bekämpft und bei Canove, westlich von Schlegen (Asiago), zum Halten gebracht. Ein Sturmtrupp griff eine feindliche Abteilung an, nahm sie gefangen und befreite einige von unseren in den vorhergehenden Gefechten gefangen genommenen Soldaten. Von Brenta bis zur unteren Piave sind die feindlichen Armeen, deren Vormarsch in den letzten Tagen nur durch Nachhutkämpfe oder Unterbrechungen auf den Straßen behindert wurde, allmählich näher gekommen, haben das von uns geräumte Gebiet besetzt und befinden sich jetzt in Fühlung mit unseren Linien. Bei Monte di San Dona di Piave gelang es gestern beim Morgengrauen feindlichen Trupps, auf Kähnen auf das rechte Ufer des Flusses überzugehen, um dort einen Brückenkopf zu schaffen. Sie wurden von uns schnell umzingelt, angegriffen und nach der Böschung des Flusses zurückgedrängt. Gestern bewarf eine große Anzahl unserer Flieger tagsüber trotz schlechter Witterungsverhältnisse feindliche Lager auf dem linken Ufer der Piave mit Bomben und beschoß aus geringer Nähe mit Maschinengewehren längs der Straßen der Flußläufe marschierende Truppen.

Der Verlauf unserer Offensive in Italien.

Unsere Kartenskizze gibt unseren Lesern eine genaue Uebersicht über den Verlauf unserer Offensive in Italien vom 25. Oktober bis zum 12. November. Sie läßt deutlich erkennen, wie rechts oben bei Flitsch und Tolmein diese Offensive einsetzt und wie sich die Wellenlinien unserer Front von Tag zu Tag weiter verschieben. Man sieht, wie Görz, Cividale, Udine genommen werden und wie fast gleichzeitig die österreichische Front auf dem Karst und an der Kärntner Front von Pontebba bis über den Plöcken-Paß hinaus zum Vormarsch einsetzt. Die gewundene Linie des 30. und 31. Oktober lehrt uns verstehen, wie die Gefangennahme jener 60 000 Italiener zustande kam, und der 1. November sieht unsere Truppen längs des Tagliamento stehen, von Tolmezzo über Gemona bis Latisana. Der 5. November läßt unsere Truppen überall den Tagliamento überschreiten und am 6. November beginnt unter ständigen Kämpfen mit den italienischen Nachhuten der Vormarsch auf die Piave-Linie, die am 11. November erreicht wird. Inzwischen sind von der Hauptrichtung auf die Piave einzelne Truppenkörper in nordwestlicher Richtung abgeschwenkt, um den noch im Gebirge befindlichen italienischen Heeresteilen den Rückzug zu verlegen und Anschluß an die von der Tiroler Front her seit Anfang November nordringenden österreichisch-ungarischen Truppen zu gewinnen. Dem Angriff fallen zunächst die am Monte Simone in dem Knick des Tagliamento südöstlich von Tolmezzo noch Widerstand leistenden Italiener zum Opfer, während am 9. und 10. November Longarone und Belluno an der oberen Piave genommen wurden und damit das Westufer der Piave in ihrem Oberlauf erreicht und gleichzeitig die Verbindung mit dem Nordflügel unserer Armeen hergestellt wird. Caprile und Agordo fallen am 7. November in die Hände der siegreich aus den Dolomiten nachdrängenden Oesterreicher und auch zwischen Colbricon und Brenta setzen die Oesterreicher zu gewaltigen Vorstößen gegen die wankende Front der Italiener an. Am 9. November fällt Asiago und beginnen die Kämpfe um den Durchbruch bei Primolano, die endlich am 13. November zum erstrebten Ziele gelangten, während gleichzeitig Feltre und Feltre in unsere Hände fielen und somit die Front geschlossen wurde.



Der Verlauf unserer Offensive in Italien vom 25. Oktober bis 12. November

England.

Lloyd George rückt sich an den Hals.

Die Pariser Frühstücksrede des englischen Ministerpräsidenten, über die wir gestern berichteten, macht selbst den Engländern Unbehagen. Das „Allgemeine Handelsblatt" meldet aus London vom 13. November: Die Pariser Rede Lloyd Georges verursachte im Parlament und beim Publikum außerordentlich große Aufregung. Die Parlamentsberichterstatter der Blätter erklären, daß die Rede den ausschließlichen Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Parlaments bildete. Die Ansichten darüber gehen auseinander. Einige sind der Meinung, daß, wenn eine solche Rede überhaupt notwendig war, sie in einer geheimen Sitzung im Unterhause hätte gehalten werden müssen. Andere erklärten, daß Lloyd George für die Verbündeten gesprochen hätte. Der Premierminister, der jetzt wieder in London ist, wird im Unterhause erscheinen und wahrscheinlich eine Erklärung abgeben. Die Blätter schwanken noch und wissen nicht, wie sie sich stellen sollen. Im allgemeinen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Stellung des Premierministers erschüttert ist.

Nach dem „Nieuwe Rotterd. Courant" schreibt die „Times" über die Pariser Rede des Premierministers: Sein Ziel ist in jeder Beziehung verständlich. Die Alliierten können nicht hoffen, die Einheitlichkeit der Oberbefehle zu erreichen, die Deutschland erreichte. Aber unser gesunder Verstand legt uns die Pflicht auf, diesem Zustande möglichst nahe zu kommen. Viel weniger verständlich ist der Bericht über frühere Ereignisse, mit denen der Premierminister seine Argumente stützt. Die entmutigenden Mitteilungen müssen durch Tatsachen gerechtfertigt werden. Die Tatsachen sind in diesem Falle keineswegs so ungünstig, wie Lloyd George sie darstellen wollte. — „Daily Mail" schreibt: Die Rede hat die Vorzüge und Gebrechen einer seiner berühmtesten Reden der Vergangenheit; aber es hätten darin viele Stellen unterdrückt werden müssen, weil sie unverständig waren oder nur die Ansicht wiedergab, nicht die Tatsachen. Schon hören wir, daß infolge dieser unvorsichtigen Worte im Unterhause Unheil gebraut wird. In den Wandelgängen verlautet, daß Asquith Blut sehen will. Der alte Mann schleift sein Messer. Es heißt, daß er eine seiner großen parlamentarischen Schaustellungen zum besten geben will. — „Daily Telegraph" schreibt: Die einfache Tat und Sache ist, daß der Versuch unternommen wird, die Regierung Lloyd Georges zu stürzen. Es gibt keine andere Möglichkeit, als die, daß Lloyd George an der Spitze des Kabinetts steht, wenn man nicht Unheil verursachen will. — „Westminster Gazette" schreibt: Man muß vor allem jeden Soldaten oder Staatsmann im Auge behalten, der alles, was schief geht, anderen in die Schuhe schieben will und so tut, als ob er eine einfache rasche Lösung gefunden haben würde, wenn er die ganze Macht in der Hand gehabt hätte. — „Daily News" schreibt in einem Leitartikel: Wie man die Sache auch betrachtet, **die Rede ist der bedauernswerteste Schlag, der uns im Kriege zugeführt wurde.** Sie ist ein Schlag, der so manchen Sieg wieder zunichte macht; für den Feind ist es ein Ansporn und für uns eine Entmutigung, ja, ein **Verbrechen.** Die Rede verkleinert sogar die Opfer unserer Söhne und Brüder. Das Blatt schließt: Lloyd George, der sich in unserem Lande zum politischen Diktator emporgeschwungen hat, will sich jetzt auch zum militärischen Diktator aufwerfen. — Die „Morningpost" schreibt: Ein genaues Durchlesen der Rede Lloyds Georges **bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen.** Wir sind nicht überrascht, daß Asquith die Gelegenheit für seine politischen Zwecke benutzt. Lloyd George biete ihm eine Gelegenheit ersten Ranges, die Asquith zu seinem Vorteil, aber zum Schaden der Regierung ausnutzen wird. Wir sind weit davon entfernt, uns über die Aussichten zu freuen.

*

Ben Tilletts Wahlerfolg.

Ueber die Wahl Ben Tilletts ins Unterhaus, die bereits gemeldet wurde, sind folgende näheren Angaben von Interesse:

Die Ersatzwahl wurde notwendig durch das Ableben des Linksliberalen und friedensfreundlichen Abgeordneten von Nord-Salford (Manchester), Sir William Byles. Die Regierung empfahl den Liberalen Sir C. E. Mallet, während die nationalistischen und manche proletarischen Elemente den Hafenarbeiterführer Ben Tillett aufstellten.

Das Wahlprogramm Tilletts lautete: „Kräftige Fortsetzung des Krieges; höhere Löhnung für Soldaten und Seeleute (die Löhnung der Flottenmannschaften ist seit 60 Jahren die gleiche geblieben!); Erhöhung der Kriegsunterstützung; unmittelbare staatliche Aufsicht über den Lebensmittelhandel; Verhinderung des Nahrungsmittelwuchers; Luftangriffe auf Deutschland als Vergeltung."

Die Wahlbeteiligung war gering. Von 9850 eingeschriebenen Wählern beteiligten sich nur 4367 an der Wahl, davon 2822 für Tillett und 1545 für Mallet. Ersterer wurde somit gewählt. Sein Erfolg ist eher ein Protest gegen die Regierung als Ausdruck der Zustimmung zu seiner tory-demokratischen Haltung.

Ben Tillett wurde im Jahre 1860 geboren. Seine Eltern waren wandernde Zirkusleute. Er war in den verschiedensten Berufen tätig, bis der im Jahre 1887 entstandene Neue Unionismus ihm Gelegenheit bot, seine rednerische Begabung in den Dienst der Hafenarbeiter zu stellen. Auch der sozialistischen Bewegung schloß er sich an, ebenso der christlich-sozialen Bewegung und zuletzt dem Syndikalismus. Er hält es jedoch nirgends lange aus. Er ist das Opfer seines sehr unsteten Temperaments, das von jeder Welle der Volksleidenschaften mitgerissen wird. Während des Weltkrieges war er einer der leidenschaftlichsten deutschfeindlichen Redner.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Ersatzwahl in Bautzen.

Die Reichstagsersatzwahl in Bautzen-Kamenz ist auf den 11. Januar 1918 festgesetzt worden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 15. November

Immer dieselben. Der unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden, Ortsgruppe Lübeck, beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung, geschlossen der deutschen Vater-

landspartei beizutreten." So berichten die bürgerlichen Blätter. Tatsächlich handelt es sich beim „Unabhängigen Ausschuß" und die sogenannte Vaterlandspartei nur um dieselben Leute. Der „geschlossene Beitritt" wird demnach in der Mitgliederzahl der Vaterlandspartei nur wenig ändern.

Agitationsmethoden der sogenannten Vaterlandspartei. Das alldeutsche lübsche Amtsblatt erhält aus seinem Leserkreise eine, wie es behauptet, „beherzigenswerte" Zuschrift, in der bestritten wird, daß unsere Friedensangebote etwas genützt hätten. Zum Schluß heißt es:

„Unsere gute militärische Lage usw. sollten wir aufgeben, natürlich damit die Feinde uns schnell niederschlagen konnten, und das will die Vaterlandspartei verhindern."

Es gibt selbstverständlich niemand in Deutschland, der das unsinnige Verlangen stellt, wir sollten unsere gute militärische Lage aufgeben, damit unsere Feinde uns schnell niederschlagen könnten. Eine solche Behauptung aufzustellen, bedeutet aber Gift in das Gemüt einfältiger Menschen träufeln. Und wenn man die sogenannte Vaterlandspartei damit in Verbindung bringt, so kann dadurch nur die berechtigte Abneigung gegen diese reaktionäre organisatorische Gebilde verstärkt werden. Diejenigen, die es verhindern, daß Deutschland von seinen Gegnern niedergeschlagen wird, sitzen nicht in den Vorständen der „Vaterlandspartei", sondern stehen unter Not, Gefahr und schweren Entbehrungen an der Front. Unter ihnen befinden sich Millionen Arbeiter, die den dringenden Wunsch nach einem baldigen Frieden der Verständigung hegen. Letzteren will hingegen die „Vaterlandspartei" hintertreiben. Zu den ganzen Agitationsmethoden dieser Eroberungspolitiker paßt durchaus die bezeichnende Unterschrift, die der „beherzigenswerten" Zuschrift gegeben wird: „Laßt Euch von Spionen und Reichsfeinden nichts vormachen." Das sind Beschimpfungen Andersdenkender, welche nur für das Niveau der Gesinnung dessen sprechen, der sie von sich gibt.

wb. **Die Versammlung des Gewerkschaftskartells,** die am Dienstag stattfand, war sehr gut besucht. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar 1918 die Kartellbeiträge um 5 Pfg. pro Mitglied zu erhöhen, und den Angestellten des Arbeitersekretariats eine Teuerungszulage von 15 Prozent, rückwirkend ab 1. Juli d. J., zu bewilligen. Nachdem Genosse Radden den Bericht über das Gewerkschaftshaus erstattet hatte, berichtete der Vorsitzende Genosse Rocksien über die zahlreichen Eingänge, die zu erledigen waren. Die Knochenverteilung soll bekanntlich in der vom Gewerkschaftskartell gewünschten Weise geregelt werden. Wegen der Gaslieferung zum alten Preis für alle Familien, die keine Kohlen einnehmen konnten, hat der Reichskommissar in Berlin die Antragsteller zur nochmaligen Verhandlung an den hiesigen Vertrauensmann verwiesen. Eine lange Debatte hatte die Kartoffelfrage zum Gegenstand, über deren Qualität allgemein schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Dem Unwillen über die den Erzeugern gezahlten Wucherpreise wurde in scharfen Worten Ausdruck gegeben. Die Preisherabsetzung sei nicht in erster Linie aus Liebe zu den Minderbemittelten erfolgt, sondern lediglich, um die schlechten Kartoffeln los zu werden, ehe sie verderben. Die Eingabe wegen der Verlängerung der Verkaufszeit Freitags und Sonnabends ist wegen dem Kohlenmangel abschlägig beschieden worden. Der Senat hat die gemachte Eingabe, aus diesen Gründen Sonnabends allgemein den 2-Uhr-Arbeitsschluß einzuführen, noch nicht beantwortet. Eine Broschüre des Genossen Adolf Braun-Nürnberg über „Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf" wird den Gewerkschaften dringend zur Verbreitung unter ihren Mitgliedern empfohlen. Bestellungen darauf sind bald dem Genossen Rocksien oder dem Genossen Bromme aufzugeben. Der Preis stellt sich dann auf 6 Pfg. pro Exemplar. In den Ausschuß für Feierabendheime werden als Vertreter der Gewerkschaften die Genossen Bromme, Wolfradt und Genossin Frick vorgeschlagen. Ferner wurden die für das Jugendamt in Aussicht genommenen Vorschläge bekannt gegeben. Ein Antrag der Bureauangestellten verlangt die baldige Aufnahme einer Lohnstatistik, um das Märchen von den hohen Arbeiterlöhnen und den schlechten Einkommensverhältnissen des Mittelstandes zu beleuchten. Weiter wird wegen dem Mangel an Kleinwohnungen beschlossen, eine Eingabe auf Schaffung eines Wohnungsamtes zu machen, welche Einrichtung in vielen deutschen Städten schon vorhanden ist und das zu gleichen Teilen aus Hausbesitzern und Mietern zusammengesetzt werden müsse. Auch die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege müßten durch Mieter und Vermieter ausgeübt werden. Vor allem aber müsse sobald als möglich die Herstellung neuer Wohnhäuser in Angriff genommen werden. Endlich wurde von den Genossen Bromme und Löwigt darauf aufmerksam gemacht, daß Bürgerschaftswahlen stattfinden müssen, falls noch ein Mitglied aus der Bürgerschaft ausscheide. Die Gewerkschaften werden dringend ersucht, ihre Mitglieder zur Erwerbung des Bürgerrechtes aufzufordern, soweit die Bedingungen dazu gegeben sind.

Wer nicht der Ueberweisung des Einberufungsausschusses sofort, ist strafbar. Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Im Publikum herrscht noch vielfach Unklarheit über die Art der Einberufung der Hilfsdienstpflichtigen. Der Einberufungsausschuß schickt zunächst an den Hilfsdienstpflichtigen ein Formular, in dem er ihn auf Grund des § 7 des Hilfsdienstgesetzes auffordert, sich innerhalb 2 Wochen Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst zu suchen. In diesem Aufforderungsschreiben wird ihm eine Stelle namhaft gemacht, wo Gelegenheit zur Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst gegeben ist. Z. B. heißt es: die Gelegenheit zur Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst ist gegeben als Krankenwärter im Reservelazarett I. Sehr häufig sind die Hilfsdienstpflichtigen der Ansicht, daß sie bei der ihnen im Schreiben genannten Arbeitsstelle auch eintreten müssen. Das ist nicht der Fall; sie können vielmehr bei jedem kriegswichtigen Betriebe sich innerhalb der zweiwöchigen Frist Arbeit suchen. In welchen kriegswichtigen Betrieben Stellen frei sind, erfahren die Hilfsdienstpflichtigen auf ihre Anfrage bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis Lübeck, Parade 1. Erst wenn sie innerhalb der zweiwöchigen Frist keine hilfsdienstpflichtige Beschäftigung angenommen haben, ergeht von dem Einberufungsausschuß eine zweite Aufforderung, in der sie einer bestimmten Arbeitsstelle überwiesen werden, da sie die Uebernahme einer Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes bisher nicht nachgewiesen haben. Wer dieser auf Grund des § 7 Absatz 3 des Hilfsdienstgesetzes ausgesprochenen Ueberweisung nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen oder mit Haft bestraft. Wie in anderen Städten, so ist auch in Lübeck jetzt ein solcher Fall zur Anzeige gekommen, wo ein Hilfsdienstpflichtiger, der einem kriegswichtigen Betriebe zur Beschäftigung überwiesen war, der Ueberweisung nicht nachgekommen und deshalb mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bestraft worden ist. Dies sei allen Hilfsdienstpflichtigen als warnendes Beispiel zur Kenntnis gebracht, damit sie sehen, wie schwer Ungehorsam gegen dieses Gesetz bestraft wird und deshalb sich in Acht nehmen, nicht in gleicher Weise etwa aus Unkenntnis gegen diese Bestimmungen zu verstoßen.

Erhöhung der Familienunterstützung. Gemäß dem Bundesratsbeschlusse vom 2. November 1917 hat die hiesige Kommission für die Festsetzung der Kriegsunterstützungen beschlossen, die Unterstützung **für jeden Empfänger um 5 Mark monatlich** mit Wirkung vom 1. November ab zu erhöhen. Die Auszahlung der Erhöhungen für November wird, soweit irgend angängig, zusammen mit der ersten Dezemberrate erfolgen. Vorstehende Erhöhung der Unterstützungssätze bringt es mit sich, daß die zur Zeit im Gebrauch befindlichen Ausweiskarten nicht mehr den wirklichen Betrag der gegenwärtig im Einzelfalle gezahlten Unterstützung wiedergeben. Die Ausgabe neuer Ausweiskarten wird jedoch einstweilen nicht beabsichtigt, zumal der wirkliche Betrag aus der in den alten Karten genannten Summe durch Hinzufügung von halbmonatlich 2,50 Mk. für jeden Unterstützungsempfänger abzuleiten ist.

Während man in Hamburg und Altona bei Unterstützungen für eine Ehefrau um 10 Mk., für jede sonstige unterstützungsberechtigte Person um 2,50 Mk. über den vom Reich beschlossenen Mindestsatz der Erhöhung hinausgegangen ist, soll in Lübeck nur dieser Mindestsatz in Anwendung gebracht werden. Damit muß sich die Bürgerschaft baldigst beschäftigen.

Weihnachts-Liebesgaben für Heer und Flotte sind in diesem Jahre bei der riesenhaften Ausdehnung des Kriegsschauplatzes nach Norden wie nach Süden, erheblich früher auf den Weg zu bringen, wie im Vorjahre. Wie unsere Truppen im Osten und Westen, bedürfen in diesem Jahre alle Heeresangehörigen in Belgien, Frankreich, Rußland, Italien, Mazedonien, Asien, Afrika usw. der Fürsorge zum Weihnachtsfest. Die Liebesgabentätigkeit muß auch den Truppen, die neuerdings auf Oesel gelandet sind, folgen, und insgesammt sollen von Lübeck an Angehörige des Heeres und der Marine etwa 20—25 000 Weihnachtspakete verschickt werden. Rechnet man jedes Paket nur zu einem Werte von 4 Mk. bis 5 Mk., so ergibt sich eine recht erhebliche Summe, deren Deckung von der Lübecker Bevölkerung erwartet wird. Für Sonnabend und Sonntag dieser Woche sind, worauf man uns hinzuweisen ersucht, zwei Straßensammeltage in Aussicht genommen. Am Sonnabend findet von 5—6 Uhr, am Sonntag von 12—1 Uhr auf dem Marktplatze ein Blaskonzert statt.

Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz, Breitestraße 27. Infolge der polizeilichen Verordnung vom 13. ds. Mts. werden die Geschäftsstunden, wie aus der heutigen Anzeige hervorgeht, verlegt werden. Das Bureau ist vormittags von 10½ bis 12½ Uhr geöffnet und Montags, Donnerstags und Sonnabends nachmittags von 3—5 Uhr. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Angehörigen der Kriegsgefangenen ihre Weihnachtspakete noch in diesem Monat aufgeben müssen, da wahrscheinlich, wie im vorigen Jahre, Anfang Dezember mit einer Postsperre für Kriegsgefangenensendungen gerechnet werden muß. Bestellungen auf Weihnachtspakete über das neutrale Ausland werden nur noch in dieser Woche angenommen.

Die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs um 20 Prozent wird jetzt für Lübeck von der hiesigen Betriebsbehörde angeordnet. Ohne Berechnung eines Aufpreises werden jedem Abnehmer elektrischen Stromes für Licht, Kraft oder sonstige Zwecke 50 Kilowattstunden im Jahre zugebilligt. Die Monatsmengen werden jeweilig bekannt gegeben. Anträge und Beschwerden sind an Herrn Direktor Haase zu richten. Näheres ist aus der heutigen Bekanntmachung zu ersehen.

Schwartau-Neusefeld. Der Sozialdemokratische Verein hält am Freitag abend im Gasthof Transvaal seine Mitgliederversammlung ab. Niemand fehle.

Kiel. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem ein Mann ums Leben kam, ein zweiter schwer verletzt wurde, trug sich Dienstag abend zwischen 8 und 9 Uhr auf dem Gelände des Güterbahnhofes zu. Zwei Werftzüge stießen beim Rangieren zusammen, dabei wurde der Rangierer Reese, der Vater von drei Kindern ist, getötet. Ein zweiter Bahnangestellter, Knudsen, wurde schwer verletzt. Er erlitt mehrere Beinbrüche. Der Schwerverletzte wurde mit dem Unfallwagen nach der Chirurgischen Klinik gefahren.

Neumünster. Tödlicher Unglücksfall. Der in einer hiesigen Gerberei beschäftigte 40jährige Gerber Schöning stürzte in Ausübung seines Berufs in eine Lohgrube und ertrank.

Lübz. Gefangener von Puffern totgedrückt. Auf der Zuckerfabrik verunglückte ein englischer Kriegsgefangener. Er hatte sich trotz mehrfachen Verbots zwischen die Eisenbahnwagen begeben und wurde von den Puffern erdrückt.

Schwerin. Familienunterstützung und Arbeitszwang. Das Hilfsdienstgesetz umfaßt bekanntlich nur männliche Arbeitskräfte. Die Frauen- und Mädchenarbeit wurde dem Zwange des Hilfsdienstgesetzes nicht unterstellt. Damit entfielen für sie aber auch die zum Schutze der Arbeitskraft in jenem Gesetz festgelegten Bestimmungen. Das haben sich nun die Landwirte zum Teil ausgiebig zunutze gemacht, wobei sie in den Maßnahmen von Generalkommandos und anderen Behörden willkommene Beihilfe suchten und fanden. Letzteres sei hier an der Hand dreier behördlicher Bescheide urkundlich unter Beweis gestellt.

Eine Kriegerfrau auf einem mecklenburgischen Gut, die zwei Kinder hat, von denen das älteste noch nicht drei Jahre alt ist, erhielt folgendes Schreiben:

Schwerin, den 8. August 1917.

Die Gutsobrigkeit ist angewiesen, falls Sie nicht arbeiten wollen, Ihnen mit Ausnahme der für die Kinder nötigen Bezüge das gesamte Deputat und die etwaige Kriegsunterstützung einzubehalten. Krankheit ist kein Grund, leichte Arbeiten zu verweigern und muß überdies nachgewiesen werden; Kinder müssen während der Arbeitszeit anderweitig untergebracht werden. **Vom Ministerium und Generalkommando ist angeordnet, daß in dieser Weise vorgegangen werden soll, damit alle vorhandenen Arbeitskräfte in den Dienst des Vaterlandes gestellt werden.**

Kreisbehörde für Volksernährung.
(Unterschrift unleserlich.)

An die Tagelöhnerfrau . . . .
in . . . . .

Dem hiergegen Beschwerde führenden Ehemann der Kriegerfrau wurde folgender Bescheid:

Die Zurückhaltung der Familienunterstützung für Ihre Frau durch die Gutsherrschaft zu . . . . geschieht mit meiner Zustimmung. Ich kann nicht anerkennen, daß Ihre Frau wegen ihrer häuslichen Verhältnisse nicht sollte auf Arbeit gehen können. Solange sie aber unberechtigterweise die Arbeit verweigert, bin ich nicht in der Lage, ihr Unterstützung zukommen zu lassen.

Schwerin, den 16. August 1917.

Der Vorsitzende
der Unterstützungskommission.
(Unterschrift unleserlich.)

Vom Arbeitersekretariat zu Rostock wurde daraufhin das Großherzogliche Ministerium des Innern angerufen. Als Antwort kam folgendes Schreiben:

Schwerin i. M., den 3 Oktober 1917.

Da die Kutscherfrau . . . . zu . . . . sich geweigert hat, Arbeiten für den Gutsherrn zu leisten, so ist ihr die Familienunterstützung mit Recht entzogen worden. Wenn Frau . . . . sich darauf beruft, daß sie ihrer Kinder wegen die Arbeit nicht hat aufnehmen können, so kann dieser Grund nicht als stichhaltig angesehen werden, da es ihr nach den aktenmäßigen Ermittelungen bei einigem guten Willen möglich gewesen wäre, ihre Kinder während der Arbeitszeit in geeignete fremde Obhut zu geben. Die Gutsherrschaft ist angewiesen, für die Unterbringung der Kinder Sorge zu tragen, sobald sich Frau . . . . zur Arbeit melden sollte. In diesem Falle wird ihr auch die Familienunterstützung wieder ausbezahlt werden.

Im Auftrage: Walter.

Da das Ministerium letzte Instanz war, an die sich die Kriegerfrau rechtsuchend wenden konnte, wird dessen Bescheid und der Hunger die Frau wohl schließlich in die Fron des Gutsherrn gedrängt haben — natürlich zu den Arbeitsbedingungen, wie sie diesem gut dünkten. Wie solche Arbeitsbedingungen allgemein auf dem Lande zur Kriegszeit aussehen, darüber werden wohl die Kriegerfrauen ihren Männern, sobald sie und soweit sie aus dem Kriege heimkehren, noch ein Lied singen. Natürlich beanspruchen auch die drei vorstehend wiedergegebenen Dokumente nicht nur vorübergehendes Interesse.

Güstrow. Unter der Anklage des Landfriedensbruchs, begangen in Rostock, stand dieser Tage eine ganze Anzahl Rostocker Einwohner vor dem Schwurgericht zu Güstrow; andere sollen ihnen folgen, wieder andere sind bereits vom Rostocker Landgericht abgeurteilt worden und noch weitere, darunter auch Knaben und Mädchen, sollen noch vor die Strafkammer in Rostock gebracht werden. Die Angeklagten sind die Opfer der Begleiterscheinungen des entsetzlichen Krieges, oder fester umschrieben, der fehlerhaften Ernährungspolitik und -Organisation. Viele Rostocker Einwohner hatten am Sonnabend, dem 30. Juni, und am folgenden Tage keine Kartoffeln im Hause und die Brotration daher ebenfalls aufgezehrt. Neue Brotkarten gibt es aber immer erst des Montags. In dieser Lage wurden am Vormittag des Sonntag, 1. Juli, mehrere Einwohner, zumeist Frauen, auf dem Polizeiamt vorstellig und ersuchten unter Hinweis auf die Notlage um Anweisung von Lebensmitteln. Der Staatsanwalt sagt in der Anklageschrift, aus einer Gruppe Frauen, die vor Oeffnung des Polizeiamtes dort gewesen, habe der Polizeiwachtmeister Steinmüller die Aeußerung gehört: „Wir Frauen sind ja zu dumm, wir müßten die Fensterscheiben einschlagen." Das Polizeiamt gab im Laufe des Vormittags Zusatzbrotkarten, wie der Staatsanwalt selbst sagt, als Ersatz für die nicht zu erlangenden Kartoffeln, aus. In der Anklageschrift ist zu lesen, daß diese Ausgabe der Brotkarten sich ohne besondere Störung erledigte, und daß sie sich „bis gegen 2 Uhr nachmittags" hinzog. Dieser Umstand, daß viele Personen die Ersatzbrotkarten vom Polizeiamt erst erhielten als die Brotläden schon geschlossen waren, zusammen mit dem Gerücht, daß die Bäcker von dem Polizeiamt angewiesen seien, Brot ohne Karten abzugeben, welches Gerücht dadurch als bestätigt angesehen wurde, daß einzelne Bäcker tatsächlich Brot ohne Karten abgegeben hatten, haben die Stimmung erzeugt, aus der heraus es bei den verschiedenen Bäckerläden zu Ausschreitungen gekommen ist, wobei, wie es in der Anklageschrift heißt, „Scheiben zertrümmert, Türen eingedrückt und das Brot gewaltsam sehr bald auch ohne Bezahlung aus den Läden entwendet" wurde. Auch bei Molkereien — bezüglich ihrer war das Gerücht verbreitet gewesen, es gebe Butter ohne Karten — haben Ausschreitungen stattgefunden; desgleichen fanden große Ansammlungen auch bei dem Schlachter Timm statt. Das war am Sonntag, 1. Juli. Am Tag darauf, Montag, 2. Juli, fand vormittags auf dem Platz vor dem Rathaus und dem Polizeiamt eine mehr zufällige Ansammlung statt. Am Montagabend erschien dann in den Rostocker Blättern eine Bekanntmachung der Kreisbehörde für Volksernährung, durch welche Grütze, Graupen oder Teigwaren zur Abgabe freigestellt wurden. — Die erste Verhandlung in dem Landfriedensbruchprozeß vor dem Güstrower Schwurgericht betraf die Vorfälle am 2. Juli auf dem Neuen Markt in Rostock, sowie in der Borwin- und Elisabethstraße. Angeklagt waren wegen Landfriedensbruchs bezw. Aufruhrs: 1. der Schmied Albert Brüggert, 2. der Stellmacher Friedrich Blatt, 3. die Arbeiterwitwe Auguste Möller, 4. der Arbeiter Gottlieb Waschkow, 5. der Dreher Ludwig Lahn, sämtlich aus Rostock. Verurteilt wurden aus § 115 des Strafgesetzbuches unter Annahme mildernder Umstände Brüggert zu 1 Jahr Gefängnis, Blatt und Waschkow zu 10 Monaten Gefängnis, Lahn zu 7 Monaten Gefängnis. Durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden für Brüggert, Blatt und Waschkow je 4 Monate, für Lahn 6 Wochen. Die Angeklagte Möller wurde freigesprochen.

Winsen. Eisenbahnerschicksal. Beim Rangieren eines Güterzuges auf dem Bahnhof Winsen wurde die Aushilfsschaffnerin Frau Daehn aus Wilhelmsburg überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie sofort tot war.

Lüneburg. Eingestellter Bahnbetrieb. Die Kleinbahn nach Bleckede hat wegen Mangel an Kohlen ihren gesamten Betrieb bis auf weiteres vollständig eingestellt.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dunst und Nebel blieb die Artillerietätigkeit im allgemeinen mäßig. Sie steigerte sich bei Dixmuiden und an einzelnen Abschnitten des flandrischen Kampffeldes am Abend zu größerer Stärke.

In erfolgreichen Erkundungsgefechten blieben Gefangene und Maschinengewehre in unserer Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

In Albanien räumten die Franzosen Höhenstellungen westlich des Ochrida-Sees.

Italienische Front.

Unsere im Gebirge von Fonzano und Feltre südwärts vorgedrungenen Abteilungen stehen in Gefechtsberührung mit dem Feinde.

An der unteren Piave nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. November. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Gerlach, hat im Atlantischen Ozean neuerdings 4 Dampfer und 1 Segler mit 35 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt, darunter einen sehr großen englischen Dampfer vom Aussehen der „Baltic" von der White Star Linie. Die übrigen Schiffe waren sämtlich nach Frankreich bestimmt und hatten Stahl, Mehl, Kaffee, Tabak, Bohnen und Stückgut geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Genf, 14. November. Die Londoner „Morning Post" erfährt, das russische Hauptquartier stehe seit Sonntag in Verbindung mit der neuen Regierung, die bis heute die Veröffentlichung der russischen Heeresberichte eingestellt hat. Sieben Kommissare der Petersburger Revolutionsregierung sind im Hauptquartier eingetroffen. Es zeige sich, daß ein großer Teil des Heeres für die neue, den Frieden verheißende Regierung eintrete.

Genf, 14. November. Der „Avanti" meldet aus Rom: Die offiziellen Sozialisten haben einen Friedensantrag in der Kammer eingebracht.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lüngt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Lebensmittel!

Wirsingkohl	Pfund	**11 ₰**
Grünkohl	Pfund	**16 ₰**
Herbst-Rübchen	Pfund	**30 ₰**
Weisse Rüben	Pfund	**5 ₰**
Steckrüben	Pfund	**7 ₰**
Suppenkraut	Bund	**10 ₰**

Kirschsirup-Ersatz	Pfund	**1.50**
Himbeersirup-Ersatz	Pfund	**1.50**
Erdbeersirup-Ersatz	Pfund	**1.50**
Apfelsinensirup-Ersatz	Pfund	**1.50**
Fruggi Limonaden-Extrakt	Fl.	**2.10**
Punsch-Extrakt, alkoholfrei	Flasche	**2.15**

Wir bitten unsere werten Kunden, die neuen

Lebensmittel-Karten

bis spätestens Sonnabend, den 17. November, an der Kasse VIII unseres Geschäftshauses zur Abstempelung vorzulegen.

Pfeffer, gestreckt	1/10 Pfund	**85 ₰**
Pfefferkörner, schwarz	1/10 Pfund	**3.20**
Nelken, ganz	1/10 Pfund	**1.80**
Kaneel, gestoßen	1/10 Pfund	**1.80**
Muskatnuss	2 Stück	**15 ₰**
Gelatine, pulverisiert	1/10 Pfund	**1.05**

Norweg. Stockfisch, trocken	Pfund	**2.60**
Sardellenpaste	Dose	**1.65**
Fischweisswurst	große Dose	**3.20**
Krabben in Gelee	Dose	**3.50**
Aalquappen in Gelee	Dose	**2.80**
Scholle in Gelee	2-Pfund-Dose	**5.00**

Kochkisten, verschiedene Größen . . . 25.50 20.50 16.50

3589

HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK HOLSTENSTR.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 19. bis 25. November 1917 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Frischwurst oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 14. November 1917. (3579

Das Polizeiamt.

Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz, Breite Straße 27

ab 15. November 1917 geöffnet: 3578

Vormittags		Nachmittags
10½—12½ Uhr.	Montag Donnerstag Sonnabend	3—5 Uhr.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Durch Verordnung des Polizeiamts vom 10. November werden an Stelle der bisherigen Lebensmittelbücher Lebensmittelkartenhefte herausgegeben und dürfen wir nach dem 26. ds. nur an diejenigen Mitglieder Ware verabfolgen, die sich **in der Zeit vom 13. bis 17. November in unseren Warenabgabestellen neu haben eintragen lassen. Wird diese Zeit nicht innegehalten, dann werden die Mitglieder anderen Geschäften überwiesen.**

Um also unsern Mitgliedern nach wie vor alle Waren vermitteln zu können, bitten wir dringend, die für diese Woche vorgeschriebene Neuanmeldung rechtzeitig vorzunehmen. Die neuen Lebensmittelkartenhefte sind bei der Anmeldung sämtlich vorzulegen.

3584 **Der Vorstand.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes spreche ich allen Verwandten und Bekannten, besonders Herrn Pastor Müller für die trostreichen Worte meinen herzlichen Dank aus.

Frau D. Ahrens und Kinder.

3588)

Bitte meine werte Kundschaft bis zum 20. d. Mts. um (3587

Eintragung in die neue Kundenliste.

Fr. Westphal, Schlachterei, Klosterstraße 20.

Alt. Tepp., Läufer od. Deck. zu kf. ges. Ang. u. M 10 an d. Exp. (3574

Bilderleisten einrahmungen 3582

Oscar Tauchnitz. Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Ersuche meine werte Kundschaft bis zum 20. d. Mts. um (3585

Neueintragung in die Kundenliste.

H. Schmalfeld, Schlachterei. Reiferstr. 26.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3581

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Spar. Lübeck

Deutscher **Transportarbeiterverband**
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Wilh. Wilde

Lastadiearbeiter,

im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 17. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle auf dem Vorwerker Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

3575 **Der Vorstand.**

Mit Rücksicht auf die polizeiliche Verordnung betreffend den Geschäftsschluß für Büros sind vom

15. November ds. Js.

ab die Büros der **Lübecker Anwälte** für das Publikum an den Werktagen geöffnet:

vormittags von 9 bis 1 Uhr
nachmittags von 2½ bis 5 Uhr.

3594) I. A.: **H. Görtz, Dr.**

Infolge der polizeilichen Verordnung, betr. Geschäftsschluß für Bureaus usw. sind wir gezwungen, unsere Geschäftsräume für die Kundschaft vom **15. November ds. Js. ab**

um 1 Uhr nachmittags

zu schließen.

Wir richten an unsere verehrliche Kundschaft die dringende Bitte, alle Bankgeschäfte möglichst am frühen Vormittag zu erledigen und insbesondere Ueberweisungszettel frühzeitig einzureichen.

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,
Sal. L. Cohn,
Commerz-Bank in Lübeck,
Dresdner Bank Filiale Lübeck,
Alfons Frank & Co.,
Holsten-Bank Abteilung Lübeck,
Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.,
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.,
Lübecker Privatbank,
Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck,
Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau,
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck,
Louis Wolff Kommandit-Gesellschaft. (3590

Meinen verehrten Kunden zur gefl. Nachricht, daß die **Neueintragung** zu den **Kundenlisten** vom Dienstag, dem 13., bis Sonnabend, dem 17. November vorgenommen werden muß. Die Listen liegen in meinem Geschäft zur Eintragung bereit. (3583

Hochachtungsvoll

Fritz Kruse, Inh. Carl König
Schüsselbuden 32.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg.
am Freitag, d. 16. November
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).

U. a.: Bericht vom Provinzial-Parteitag in Kiel.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

3586) **Der Vorstand.**

Kücknitz-Herrenwyk.
Sozialdemokratischer Verein

Sonntag, den 18. November
nachmittags 4 Uhr

Mitglieder-Versammlg.
bei Dieckelmann.

Tagesordnung:
Bericht vom Würzburger Parteitag.

Referent: Genosse W. Brenne.

Das Erscheinen aller erwartet

3585) **Der Vorstand.**

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Weihnachtsliebesgabentage
für Heer und Flotte
(Kaiser- und Volksdank)
am 17. u. 18. November
Sonnabend 5—6 Uhr u. Sonntag 12—1 Uhr:
Konzert a. d. Marktplatz
Sammlung
in Straßen und Häusern von Damen und Herren, Mitgliedern der Lübecker Sanitätskolonne. Gebe jeder nach seinen Kräften! Alle Soldaten in Heer und Flotte ohne Ausnahme müssen mit Liebesgaben versehen werden. Geldbeiträge bei allen Zeitungen und Banken, Pakete im Kolonnenhaus, Schildstraße 10. (3591

Hansa-Theater.
Heute abends 7 Uhr: (3577
Das süße Mädel.

Stadttheater. 3578
Donnerstag, d. 15. Nov. 1917
Die beiden Schützen.
Komische Oper v. A. Lortzing.
Freitag, den 16. Novbr. 1917
Die toten Augen.
Sonnabend, d. 17. Novbr. 1917:
Lübecker Schauspielgemeinde
Das Nürnbergisch Ei.
Tragödie von W. Harlan.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.
Sonntag, den 18. Novbr. 1917:
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 60 Pfg.,
Garderobengebühr 10 Pfg.:
Flachsmann als Erzieher
Komödie von Otto Ernst.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 7½ b. 8½ Uhr an der Theaterkasse.

Nr. 269
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 15. November 1917

Erzwungene Gebietserwerbungen im Osten?

Durch die Presse läuft die Mitteilung, eine „Lösung" der polnischen Frage stehe unmittelbar bevor: Der Kaiser von Oesterreich soll zum König von Polen gewählt, das bisher russische Polen mit Galizien vereinigt und die Habsburgische Doppel-Monarchie also zu einer Trias erweitert werden; andererseits sollen ein Großfürstentum Litauen und ein Herzogtum Kurland den König von Preußen zum Herrscher erhalten und damit dem Deutschen Reiche angegliedert werden.

Man mochte zunächst diese Angaben für Ausgeburten einer überhitzten, allzu geschäftigen Phantasie halten und deshalb unbeachtet lassen. Sie treten jetzt aber mit solcher Sicherheit auf und die bisher erfolgten Dementis machen einen so unbestimmten Eindruck, daß man — mit allem Vorbehalt — zu ihnen Stellung nehmen muß.

Wir fühlen uns deshalb verpflichtet auf das eindringlichste vor solchen Plänen zu warnen und, wenn wirklich versucht werden sollte, sie in die Tat umzusetzen, auf das schärfste gegen sie zu protestieren.

Wir wollen es hier dahingestellt sein lassen, ob eine solche Lösung der Völker- und Staatenprobleme des Ostens beim Friedensschluß durch Verständigung mit der russischen Regierung und im Einvernehmen mit den Wünschen der Bevölkerung von Polen, Litauen und Kurland zu erreichen ist. Wir wollen hier auch die oft erörterte Frage zurückstellen, ob es mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes vereinbar ist, dem Deutschen Reiche eine volksfremde, feindlich gesinnte Bevölkerung einzuverleiben. Wir wollen endlich nur kurz die Frage andeuten, ob es klug ist, sich für die künftigen Friedensverhandlungen vor Beendigung des Krieges noch mehr die Hände zu binden, als es durch die Proklamierung des unabhängigen Königreichs Polen leider schon geschehen ist, und ob nicht eine solche voreilige Bindung die Anknüpfung von Friedensverhandlungen erschwert, den Krieg also zum Unheil aller verlängert.

Entscheidend ist die Erwägung, daß jetzt während des Krieges solche Maßnahmen nicht möglich sind ohne offenbaren Widerspruch zu der Reichstagskundgebung vom 19. Juli, die in der Antwort der Reichsregierung auf die päpstliche Note vom 19. September feierlich als Leitgedanke deutscher Politik bekräftigt worden ist. In ihr heißt es, daß mit einem Frieden der Verständigung und Versöhnung, wie ihn der Reichstag erstrebt, erzwungene Gebietserwerbungen unvereinbar sind.

Daß eine einseitige, völkerrechtlich unwirksame Verfügung über die besetzten Gebiete, vollzogen ohne Verständigung mit der russischen Regierung und ohne eine wirklich freie Zustimmung der Bevölkerung, gegen diesen feierlich proklamierten Grundsatz verstoßen würde, liegt so offen zu tage, daß jede Beweisführung überflüssig ist.

Die Folgen eines solchen Schrittes würden voraussichtlich die unheilvollsten sein, sowohl nach außen wie nach innen.

Nach außen: Alles, was die Kundgebung vom 19. Juli Gutes gewirkt hat, und vor allem alles, was sie künftig, wenn die damit eingeleitete Wendung der deutschen Politik erst Vertrauen gewonnen haben wird, noch Gutes wirken kann, wäre damit zerstört. Die deutsche Politik würde im Lichte der schlimmsten Zweideutigkeit dastehen: die uns immer wieder entgegen geschleuderte Behauptung, daß es unmöglich sei, mit diesem Deutschland Verträge zu schließen, und daß deshalb der Krieg, wenn ein wahrer, dauernder Friede erzielt werden solle, bis zur Ueberwältigung Deutschlands fortgeführt werden müsse, diese Behauptung, die nahe daran ist, Glauben und Wirkung zu verlieren, würde neue Kraft erhalten, der Kriegswille im feindlichen Ausland würde gestärkt, die Friedensbewegung dort zur Ohnmacht verurteilt, die für uns langsam sich bessernde Stimmung im neutralen Ausland ganz auf die Gegenseite getrieben werden.

Nach innen: Die Mehrheitsparteien von 19. Juli würden genötigt sein, entweder in offene Opposition zur Regierung zu treten oder sich selbst im gleichen Maße wie die Regierung bloßzustellen und sich zum Nutzen des äußersten Radikalismus um allen Kredit zu bringen; die Gefahr schwerer innerer Kämpfe, einer Erschütterung der inneren Geschlossenheit, ja eines vollkommenen inneren Zusammenbruches würde damit außerordentlich nahe rücken.

Deshalb richten wir unsern Ruf an die Reichsregierung und an die Volksvertretung: Die Regierung möge den umlaufenden gefährlichen Gerüchten schleunigst mit einer unzweideutigen Erklärung entgegentreten; die Volksvertretung — und so lange der Reichstag nicht versammelt ist, die Vertretung der Parteien — möge die Reichsregierung wissen lassen, daß sie, wenn diese Gerüchte irgendwelche tatsächliche Begründung haben, auf den schärfsten Widerstand der Reichstagsmehrheit stoßen würde. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß solche Pläne die Gefahr einer Katastrophe der deutschen Politik nach außen und nach innen heraufbeschwören können.

Deutsche Friedensgesellschaft. **Zentralstelle Völkerrecht.**

Geschäftsleitung:		Vorstand:	Geschäftsleitung:
L. Quidde.	G. Rühle.	H. Rößler.	H. v. Gerlach.
1. Vorsitzend.	2. Vorsitzender.	Vorsitzender.	Vorsitzender.

Schutz für Mutter und Kind.

Von Paul Hirsch, M. d. A.

Wie notwendig ein ausgedehnter Schutz für Mutter und Kind noch während des Krieges, ganz besonders aber für die Zeit nach Friedensschluß ist, beweist der neueste vom Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik erstattete Bericht. Die von dem Ausschuß gefaßten Beschlüsse bestätigen die Berechtigung der schon lange vor dem Kriege von sozialdemokratischer Seite erhobenen sozialpolitischen Forderungen. Wenn jetzt auch die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit sich mit Vorschlägen einverstanden erklären, die sie früher teilweise als utopistisch und undurchführbar zu bezeichnen pflegten, so ist das nicht nur ein Zeichen wachsender Erkenntnis von der Bedeutung der Sozialpolitik, sondern auch ein Zeichen zunehmender Einsicht in die Richtigkeit des sozialpolitischen Programms, das unsere Partei von jeher vertreten hat. Hoffentlich wird auch die Regierung den Anträgen des Ausschusses ihre Zustimmung nicht versagen und damit einer gesunden Sozial- und Bevölkerungspolitik den Weg ebnen.

Bekanntlich sind durch die Gesetze vom 4. August 1914 eine Reihe von Schutzmaßnahmen, die die Gewerbeordnung für weibliche und jugendliche Arbeiter vorsieht, außer Kraft gesetzt worden. Der Ausschuß richtet nun an den Reichstag das Ersuchen, für diese Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen weiblicher und jugendlicher Arbeiter durch bundesrätliche und kriegsamtliche Verordnungen oder Anweisung einheitlich für das Reichsgebiet ein Mindestmaß von Arbeitsschutz während des Krieges zur Einhaltung vorzuschreiben und zwar 1. bei regelmäßigem Tag- und Nachtbetrieb in der Regel die Achtstundenschicht, bei den übrigen Betrieben in der Regel die Zehnstundenschicht; 2. mindestens jeden zweiten Sonntag völlige Ruhezeit; 3. Wöchnerinnenschutz während 10 Wochen, von denen bis zu 3 Wochen vor der Niederkunft liegen können, unter entsprechender Ausdehnung der Reichswochenhilfe; 4. besondere Schutzvorschriften für die Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen.

Ausnahmen im Rahmen dieser Beschränkungen sollen nur für einzelne Betriebe zulässig sein. Dabei sind besondere Bedingungen bezüglich der Arbeitsstunden und -pausen, der Sonntags- und Nachtarbeit, der Ueberstunden, der Unfallverhütung, der Einrichtung von Umkleide- und Waschräumen, der tunlichsten Trennung der Geschlechter, der Aufenthalts- und Eßräume vorzusehen, wie die Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit möglichst zu verhüten.

Ferner fordert der Ausschuß die schleunige Durchführung des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 und seiner Fachausschüsse für Lohnschutz und endlich die möglichst rasche Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Unfallaufsicht. Insbesondere sollen die im militärischen Dienst befindlichen Gewerbeinspektoren ihrem Amt zur Verfügung gestellt, die Zahl der Aufsichtsbeamten systematisch vermehrt, namentlich auch weibliche Beamte und Arbeiter in höherer Zahl angestellt, eine angemessene Zahl hygienisch vorgebildeter Beamten bei der Anstellung berücksichtigt und für die so ausgebaute Gewerbeaufsicht eine ausreichende Mitwirkung bei der Organisation der kriegsamtlichen Stellen für den vaterländischen Hilfsdienst gesichert werden. Wie notwendig gerade diese Forderungen sind, ergibt sich daraus, daß nicht weniger als 40 Prozent der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Heeresdienst eingezogen und daß die Zurückgebliebenen stark mit Bureauarbeit beschäftigt sind. Da die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten schon an sich nicht ausreicht, ist es dringend geboten, dem Verlangen des Reichstages [illegible] zu leisten.

Die [illegible]gruppe von Anträgen bezieht sich auf den Schutz der m[illegible]en Arbeitskraft und auf die Fürsorge für S[illegible]ge und Kinder im vorschulpflichtigen Alter. Der Reichskanzler wird ersucht, durch Einwirkung auf die Bundesregierungen ein einheitliches und durchgreifendes Vorgehen aller beteiligten Verwaltungsbehörden zu veranlassen: 1. in der Ausnahme „anständiger Lohnklauseln", namentlich für die weibliche Arbeit in alle behördlichen Lieferungsverträge, 2. in der Beibehaltung und dem Ausbau der im Kriege zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen entstandenen Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungskommissionen [illegible] ihres tariflichen Frauenschutzes, 3. in der Schaffung, Ausdehnung und besseren finanziellen Ausstattung der Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge, für Schulkinderpflege und für Kinderhortwesen, im Ausbau und in der Beaufsichtigung der Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte, in der Ausgestaltung des Aufsichtswesens für Privatpflegestellen, wie es der gesteigerten Inanspruchnahme der Mütter für Frauenarbeit während des Krieges entspricht, sowie endlich in der Schaffung von Kinderheimen, welche auf Verlangen der Mutter uneheliche Kinder zarten Alters aufnehmen und bis zu einer nicht niedrig anzusetzenden Altersgrenze in ihrem Schutz behalten. Aehnliche Maßnahmen, wie sie hier gefordert werden, sind in einer Reihe von Gemeinden auf Veranlassung unserer Vertreter bereits ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei teils um kommunale Einrichtungen, teils um private Veranstaltungen, von denen sich besonders die ersteren durchweg gut bewährt haben. Ein weiterer Ausbau mit finanzieller Unterstützung von Reich und Staat ist im Interesse der Gesunderhaltung des jugendlichen Nachwuchses und seiner Bewahrung vor sittlichen Gefahren dringend erforderlich.

Endlich unterbreitet der Ausschuß dem Plenum noch eine Anzahl von Anträgen, die eine besondere Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder bezwecken. An Beispielen, was auf diesem Gebiete erreicht werden kann, fehlt es nicht. Insbesondere dürfte das norwegische Gesetz über Kinder, deren Eltern die Ehe nicht miteinander eingegangen sind, manche wertvolle Fingerzeige bieten. Dies Gesetz behandelt sowohl die rechtliche Stellung des Kindes als auch die Pflicht des Unterhalts durch den Vater sowie die Feststellung der Vaterschaft und die Eintreibung des Unterhaltsbeitrages. Besonders bemerkenswert ist die Bestimmung, daß etwaige Vorschüsse aus öffentlichen Kassen an Mutter und Kind nicht als Armenunterstützung an die Mutter, auch nicht an den Vater oder den Unterhaltspflichtigen angesehen werden, sofern sie einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Im letzten Abschnitt des norwegischen Gesetzes ist die Aufsicht über uneheliche Kinder unter 14 Jahren in der Weise geregelt, die der größten Beachtung wert ist. In Deutschland, wo bekanntlich die Anschauungen und die gesetzlichen Einrichtungen, nach denen uneheliche Kinder behandelt werden, vielfach noch sehr rückständig sind, und wo vielleicht nicht in letzter Linie darauf die hohe Sterblichkeit unehelicher Säuglinge zurückzuführen ist, bedarf es, um Wandel zu schaffen, der Aenderung einer ganzen Reihe gesetzlicher Bestimmungen. Es sei nur daran erinnert, daß das Bürgerliche Gesetzbuch den unehelichen Kindern das Kindes- und Erbrecht

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

3. Fortsetzung.

Neben dem Manne, an den Steinhaufen gelehnt, stand eine von einem schmutzigen Lederfutteral bedeckte Geige.

Als das junge Mädchen ihn erreicht hatte, saß die Dogge fünf Schritte weit von demselben ruhig da. Der Fremde blickte ihr fest ins Auge und der Hund schien sich zu scheuen vor diesem Blick. Er hatte noch immer das Rückenhaar gesträubt, er stieß auch von Zeit zu Zeit einen knurrenden Ton aus, und als Sibylle herankam, barg er sich hinter seiner Herrin.

„Guten Tag, Berend," sagte das junge Mädchen, als sie den Mann erreicht hatte. „Laßt Ihr Euch einmal wieder in der Gegend sehen?"

Der Mann lüftete seinen Strohhut, ohne sich jedoch zu erheben.

„Ihr seid lange geblieben, Mamsell Ritterhausen," versetzte er. „Ich wartete auf Euch."

„Auf mich? Und wie wußtet Ihr, daß ich heute hierher kommen würde, Berend?"

Die wasserblauen Augen des Mannes glänzten heller auf von einem eigentümlichen Lächeln.

„Ich wußte, daß Ihr kommen würdet, nach Eurem Eigen zu schauen!"

Nach meinem Eigen? Was versteht Ihr darunter, Berend?"

„Darunter versteh' ich die Rheider Burg; es ist kein Winkel und kein Eckchen in dem alten Hause, von dem Ihr nicht mit Euern Gedanken längst Besitz genommen hättet, Mamsell Sibylle. Aus Tür und Tor habt Ihr die drei Späne geschnitten und auf dem Herd habt Ihr Feuer angemacht, alles in Euern Gedanken, heißt das, wie eine rechte neue Herrschaft."

Sibylle zuckte die Achseln.

„Ihr irrt Euch, Berend," antwortete sie kaltblütig. „Es ist wahr, daß mein Vatver einmal daran gedacht hat, die Rheider Burg aufzukaufen. Es war dazumal, als er den Prozeß mit dem seligen Huckarde gehabt hatte und der alte Herr plötzlich ein so schreckliches Ende nahm . . ."

„Ich weiß es," sagte Berend, „er wollte sie kaufen dazumal . . ."

„Er dachte daran," fiel Sibylle ein, „damit solche Streitigkeiten zwischen Hammer und Burg nie wiederkommen könnten. Da aber die Landesherrschaft die Burg an sich nahm, ist diese jetzt in sichern und festen Händen, und was den Prozeß angeht, so ist der auch tot und kann nie wieder aufleben. Wie sollten wir noch daran denken, die Burg zu kaufen!"

„Nun," versetzte Berend mit eigentümlich listigem Zwinkern der Augen, „daß Euer Vater dazumal sie nicht bekam, das war desto besser für ihn. Wer weiß, was die Leute gesagt hätten!"

„Und was hätten sie sagen sollen, die Leute?"

„Wir wollen die Toten und geschehene Dinge ruhen lassen, Mamsell Sibylle. Was aber kommen soll, das wird kommen. Ihr habt recht, daß Ihr's nicht jedem ersten besten in die Ohren hängt, was Ihr vorhabt. Es gehören schöne Waldungen zum Hause; unten die langen zweischürigen Wiesen sind auch was wert, und die Ackerländereien bringen ihre fünf Taler Pacht der Scheffel."

Sibylle Ritterhausen zuckte abermals die Achseln.

„Ist das alles, was Ihr mir sagen wolltet — habt Ihr deshalb auf mich gewartet, Berend?" sagte sie, sich zum Weitergehen wendend.

„Nein, Mamsell Sibylle," antwortete der Mann mit einem pfiffigen Augenblinzeln. „Ich weiß es, daß es Euch nicht um die Pacht und nicht um die Wiesen zu tun ist, wenn Ihr Euer Auge gerichtet haltet auf die Rheider Burg wie ein Falke auf ein Wasserhuhn, das noch im dicken Schilfe steckt, aber einmal doch daraus hervorkommen wird — und dann wird der Falke bei der Hand sein! Ja, ja, Ihr sollt sie auch haben, die Burg — denkt daran, daß Spielberend es Euch gesagt hat; aber es ist eine Leiche im Haus, die muß erst hinaus."

„Eine Leiche? Ist das nun Euer Ernst, Spielberend, oder wollt Ihr mich ängstigen mit Euren Schauergeschichten?"

Euch ängstigen? Wie sollte ich Euch ängstigen wollen? Seid Ihr so schreckhafter Natur, daß man Euch mit Lügen angst machen könnte? Es ist auch nichts dabei, weshalb Ihr erschrecken solltet. Die Leiche, die hinausgetragen werden muß, ehe die Rheider Burg Euer Eigentum wird, geht Sibylle Ritterhausen nichts an."

„Ist es der alte Claus?" sagte das Mädchen, das offenbar stutzig geworden war, flüsternd.

Spielberend schüttelte den Kopf. „Die alte Hauseule, der Claus? der ist es nicht. Es sind große Wappen an dem Sarge."

Sibylle erblaßte und fuhr mit der Hand nach dem Herzen.

„Habt Ihr die Wappen gesehen, Berend?" fragte sie, wie in höchster Spannung.

„Ich habe sie gesehen; es waren große Wappen mit einer roten Krone darüber."

„Mit einer roten Krone?" fragte das junge Mädchen, erleichtert aufatmend. „Rote Kronen tragen nur Fürsten."

„Das weiß ich nicht. Ihr mögt recht haben oder nicht . . . . Ich weiß nur, was ich gesehen habe."

Sibylle Ritterhausen schaute den Spielmann eine Zeitlang nachdenklich an.

„Ihr seid ein schlimmer Geselle, Spielberend," sagte sie dann. „Es ist wahr, daß Ihr . . ."

„Mehr könnt als Brot essen, wollt Ihr sagen, Mamsell," fiel der Mann ein, Sibylle mit einem schlauen Seitenblick streifend, und dann wieder, wie gewöhnlich, unsteten Blickes ihr Auge vermeidend.

„Aber," fuhr Sibylle fort, „es ist auch ebenso wahr, daß Ihr lügen könnt wie der Lügenschuster Matthias, Euer guter Freund, und darum weiß man nie, ob man Euch trauen soll oder nicht. Was Ihr jetzt sagt, lautet nun vollends so wie eine von Euern Aufschneidereien. [illegible] der Rheider Burg lebt niemand als der alte Hausmeister [illegible]us, und wenn sie einst den hinaustragen, die Füße voran, so werden sie keine Wappen mit Fürstenkronen an seinen Sarg heften!"

Spielberend lächelte wieder.

„Wer weiß es! In Düsseldorf ist auch ein Mann, der ist nicht besserer Leute Kind wie der alte Claus Fettränsler; ein Schenkwirtssohn, hab' ich mir sagen lassen. Und doch, wenn er begraben wird, so soll einer die roten und goldenen Kronen sehen, die sie an seinen Sarg machen werden!"

„Habt Ihr das etwa auch gesehen, Spielberend?"

„Nein, das habe ich nicht gesehen, Mamsell Sibylle — ich weiß nichts davon! Er hat ein gutes Leben dort, im Schlosse unserer alten Herzoge; und wenn Frau Jakobäa von Baden, die da spuken geht, ihm nicht etwa den Hals umdreht — sie muß es ja an sich selber gelernt haben, wie man's macht — dann wird er ans Sterben noch lange nicht denken!"

„Ihr seid eigentlich ein greulicher Mensch, Spielberend," sagte das junge Mädchen, sich auf einen Baumstamm niedersetzend, der dem Mauerstück, auf welchem der Spielmann saß, gegenüberlag — „man hat kaum eine Viertelstunde mit Euch geredet und Ihr habt jedesmal schon so viel von Sterben, von Leichen und Särgen vorgebracht, daß einem ganz schaurig dabei zumute wird!"

Spielberend antwortete nicht. Er griff nach seiner Geige, riß die Hülle herab und spielte mit großer Gewandtheit ein paar Läufe darauf, ein Stück aus einer lustigen Tanzmelodie; mit einem schreienden, kreischenden, tief disharmonischen Tone hörte er plötzlich auf.

„Nun ist's fort!" sagte er dann. „Darum bin ich ein Spielmann geworden. Wer Augen hat wie ich, der muß sich danach einrichten, daß ihm das Leben ein Spaß wird, und daß, wo er geht und steht, um ihn herum fröhliche Kameraden kommen. Ja, es ist ein gutes, freisames Handwerk, ein wandernder Spielmann sein. Man weiß doch, daß man lebt. Hat nicht Kind noch Kegel. Heute hier und morgen dort. Wo man kommt, da ist Kirmes. Und die Lebsucht ist gut im Land der Berge. Gar manche lange Nacht bringt man flott herum. Habe ich die Geige am Hals und den Fiedelbogen in der Hand und um mich her das lustige Hallo — dann sitze ich fest, und ich bin stärker als die sind, die mich heraus haben wollen vor die Tür, an den Kreuzweg, auf die Heide. Mögen sie locken und rufen wie sie wollen, draußen im Mondschein — sie bekommen mich nicht! Ich weiß es schon, was da vorgeht draußen; was daherkommt den Dorfweg entlang, mit einem schwarzen Kreuz voran und einer Reihe schwarzer Leute hinterher. Sie wollen mich heraus haben, daß ich's sehen soll. Ich meine, ich habe die Nachtmär auf der Brust liegen, von Unruhe und schwerem Atem. Aber ich tu's nicht. Ich tu's partout nicht. Ich bleibe sitzen wie angeleimt auf der Bühne und streiche die alte Geige, daß die Gläser klirren; daß die Bauernjungen stampfen und die Dirnen kreischen vor Vergnügen; ich streiche, bis ich umfalle vor Müdigkeit in dem Staub und dem Qualm der Talgkerzen und der Hitze, und dann, dann ist's vorüber. Ja, Mamsell Sibyllchen, so ist's! Und darum: Vivat, es lebe die Geige!"

(Fortsetzung folgt.)

Darüber dem Vaterversagt und daß das uneheliche Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes nur im Verhältnis der Mutter und deren Verwandten hat. Die Notwendigkeit einer Aenderung dieser Bestimmung hat sogar der preußische Ministerialdirektor Dr. Kirchner am 17. Februar ds. Js. im Abgeordnetenhause anerkannt. Unhaltbar ist ferner der Zustand, daß der Vater des unehelichen Kindes lediglich verpflichtet ist, der Mutter die Kosten des Unterhalts im allgemeinen nur für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen und daß er dem Kinde nur den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren hat und zwar bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres, darüber hinaus nur dann, wenn das Kind sich nicht selbst unterhalten kann. Das größte Unrecht gegen die unehelichen Mütter bedeutet aber zweifellos die Anerkennung der Einrede der mehreren Beischläfer.

In der Erkenntnis, daß es im bevölkerungspolitischen Interesse unbedingt nötig ist, Wandel zu schaffen, ist sich der Ausschuß dahin schlüssig geworden, den Reichskanzler zu ersuchen, sich behufs der erforderlichen besseren Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder mit den verbündeten Regierungen baldigst ins Einvernehmen zu setzen. Insbesondere sollen folgende Maßregeln herbeigeführt werden: 1. die der Erziehung und wirtschaftlichen Lage des unehelichen Kindes aus der Einrede des Mehrverkehrs entstehenden Nachteile sind zu beseitigen eventuell durch entsprechende Aenderung des § 1717 B. G. B., 2. die Empfängnisfrist des § 1717 ist im Sinne des § 1592, d. h. der für eheliche Kinder geltenden Frist festzusetzen; 3. bei Bemessung der Höhe der Unterhaltspflicht ist der Stand des Vaters zu berücksichtigen; 4. die Unterhaltspflicht ist bis zum 18. Lebensjahr des Kindes zu erstrecken; 5. die Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes aus Unterhaltungsansprüchen unehelicher Kinder ist der Pfändung aus anderen Unterhaltungsansprüchen gleichzustellen; 6. für die Beitreibung der Unterhaltungsbeiträge ist ein vereinfachtes, schnelles, dem Verwaltungsverfahren zur Beitreibung öffentlicher Abgaben ähnliches Verfahren einzuführen; 7. die Bestrafung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltungspflicht entziehen, aus § 361 Ziffer 10 des Strafgesetzbuches ist sicherzustellen und durch Ausdehnung des § 362 auf diese Straffälle wirksamer zu gestalten; 8. die Bedingungen für die Annahme an Kindesstatt und die Führung des Vatersnamens sind zu erleichtern; 9. es sind Novellen zu den Militärversorgungsgesetzen zu veranlassen, durch welche die Rentenzahlung an uneheliche Mütter und Kinder nach dem Vorgang der Bundesratsverordnung vom 4. August 1915 zum Unterstützungsgesetz von 1888 (für die Familien der Kriegsteilnehmer) geregelt wird; 10. die Fürsorge für die unehelichen Kinder bezüglich der Eintreibung der Unterhaltskosten soll durch öffentlich-rechtliche Veranstaltungen eventuell Generalvormundschaft unter Ausbau des Vorschußverfahrens und Wahrung der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft veranlaßt sowie Zuschüsse zu den Kosten der Erziehung (Einzelfamilien- und Anstaltspflege, Lehrwerkstätten usw.) in Aussicht genommen werden.

Erfreulich ist es, daß die Mitglieder des Ausschusses trotz ihrer grundverschiedenen Weltanschauungen sich über die hauptsächlichsten Reformen geeinigt haben. Wenn auch nach Inkrafttreten dieser Beschlüsse nicht alle Härten beseitigt sind, so wird doch dadurch schon viel erreicht sein im Interesse der Besserstellung der unehelichen Mütter und Kinder.

Ernährungsfragen.

Wucher mit Dörrobst.

Aus Württemberg wird gemeldet, daß das dort reichlich vorhandene Dörrobst aufgekauft wird. Händler aus Berlin, Leipzig usw. zahlen jeden Preis für Dörrobst. Vor etwa drei Wochen betrug der Erzeugerpreis für das Dörrobst pro Pfund 2—3 Mk. Heute ist es schon soweit gekommen, daß 4—5 Mark pro Pfund gezahlt werden. Da die Händler sich wieder überbieten, steigen fortgesetzt die Preise. Die städtische Bevölkerung bekommt jetzt von Dörrobst wenig oder gar nichts zu sehen. Diese Nahrungsmittel werden von den Händlern sicher für den Frühsommer des nächsten Jahres aufbewahrt. Dann kann jedenfalls die besitzende Bevölkerung dieses Dörrobst zu gesalzenen Preisen kaufen. Das Dörrobst ist doch dem Verderben nicht ausgesetzt, aber auch hier läßt man die Zügel wieder schleifen, während die Erzeuger und Schleichhändler weiter unermeßliche Kriegsgewinne in die Tasche stecken.

Ein Geniestreich.

Der amtliche Lebensmittelleiter von Unterfranken, Graf Soden, hat Kraft seines Amtes und aus besonderer Vorliebe für die schwerbedrückte Landwirtschaft die Höchstpreise für Obst über den Haufen geworfen und die städtischen Behörden sehen sich förmlich gezwungen an die Aufhebung der Höchstpreise heranzutreten, den Erzeugern und dem Handel freies Spiel zu lassen. Mit Mühe und Not, infolge gemachter Erfahrungen des Vorjahres haben die Reichs- und Landesbehörden, städtischen Verwaltungen und Preisprüfungsstellen, die Preise für Obst festgelegt und geordnete Ein- und Verkaufsverhältnisse für die Bevölkerung geschaffen. Da kommt Graf Soden mit einem Erlaß, der ungefähr so lautet: „Ich verfüge — man höre — im Einverständnis mit der Landesstelle, daß Gruppe 1a, 1b und 2 zum Preise von 20—25 Pfg. das Pfund verkauft werden dürfen.“ Vermischt also die Sorten und Preise und nun stürzen alle, Erzeuger, Einkäufer, Groß- und Kleinhändler auf die Sache los. Abschlüsse werden ungültig, verheimlichte Mengen von Obst kommen an das Tageslicht und die Preiswucherung, der Kettenhandel und alle die schönen Blumen der Kriegszeit entwickeln sich in schönster und vollster Blüte. Die Zeche aber — — — die zahlt der Verbraucher!

Ohne Butter keine Hausschlachtungen.

Der Landrat des Dillkreises hat den Gemeinden Rodenroth und Steinbach, weil sie schon seit Wochen gar keine oder nur ganz wenig Butter abliefern, auf unbestimmte Zeit das Recht der Hausschlachtung entzogen. Nichtinhabern wird die Schlachtung gestattet. In zahlreichen anderen Gemeinden des Kreises hat der Landrat auch einzelnen Landwirten aus denselben Gründen das Recht der Hausschlachtung entzogen.

Aus der Partei.

Die Reichstagskandidatur im Wahlkreis Dortmund-Hörde. Nachdem der Abgeordnete für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, Dr. Aug. Eckmann, seinen Austritt aus der Partei und aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärt hatte, beauftragte vor einigen Wochen der erweiterte Vorstand des Sozialdemokratischen Kreisvereins den engeren Vorstand, unverzüglich Umschau zu halten nach einem neuen Kandidaten. Dies ist inzwischen geschehen. Am letzten Sonntag tagte abermals der erweiterte Vorstand (Bezirksführer) gemeinsam mit dem engeren Vorstand und es wurde einstimmig beschlossen, den Genossen Max König, bisher Abgeordneter für den Kreis Hagen, als Kandidaten aufzustellen. Eine Filialleiter-Konferenz, die demnächst stattfindet, wird endgültigen Beschluß fassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum außerordentlichen Verbandstag der Fabrikarbeiter in Hannover, der im Dezember stattfindet, veröffentlicht der Verbandsvorstand seine Anträge. Sie führen statt des Einheitsbeitrages Staffelbeiträge in sechs Klassen ein, zwischen 30 und 80 Pfennig in der Woche. Die beiden untersten Klassen sind nur für weibliche und jugendliche Mitglieder zugelassen; im übrigen bestimmt die Zahlstelle die Beitragsklassen, die für sie Geltung haben sollen, mit Zustimmung des Verbandsvorstandes. Die Beitragserhöhung soll dazu dienen, die Unterstützungen entsprechend heraufzusetzen, insbesondere die Erwerbslosenunterstützung und die Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen. Auch das Sterbegeld soll erhöht werden. Zur Begründung der Vorlage weist das Verbandsorgan auf die durch den Krieg herbeigeführte außerordentliche Geldentwertung hin, die voraussichtlich noch erhebliche Zeit nach dem Kriege andauern wird.

Beitragserhöhungen. In einer großen Anzahl von Gewerkschaften sind gegenwärtig Beitragserhöhungen im Gange, welche die Einnahmen und Leistungen der Gewerkschaften mit der Veränderung des Geldwertes in Einklang bringen sollen. Im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde ein Beitragszuschlag von 10 Pfg. ab 1. Oktober eingeführt, so daß nunmehr die Beiträge ohne Lokalzuschlag zwischen 50 und 80 Pfg. in der Woche betragen. — Im Holzarbeiterverband wird noch in diesem Monat Urabstimmung über die neue Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen stattfinden. Die Lokalbeiträge und örtlichen Unterstützungen sollen in Wegfall kommen und dafür 6 Beitragsklassen von 0,40, 0,60, 0,80, 1,00, 1,20 und 1,50 Mk. eingeführt werden. Die Staffelung ist nicht vom Lohneinkommen abhängig, sondern für jede Verwaltungsstelle einheitlich, abgesehen von Frauen und Jugendlichen, für welche die beiden untersten Beitragsklassen gelten. Die Unterstützungssummen sind entsprechend heraufgesetzt. — Im Buchbinderverband ist Urabstimmung am 8. Dezember. Die Wochenbeiträge in den einzelnen Klassen sollen 30, 40, 50, 70 und 110 Pfennig betragen. In gleicher Weise sind die Unterstützungen abgestuft. — Im Lederarbeiterverband soll durch Urabstimmung bis zum 1. Dezember entschieden werden, ob vom 1. Januar an der Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pfg., für weibliche Mitglieder um 5 Pfg. ohne Veränderung der Unterstützungssätze erhöht werden soll. — Die leitenden Instanzen des Kupferschmiedeverbandes haben eine Urabstimmung beschlossen, die bis zum 10. Dezember erledigt sein soll; ihre Gegenstand ist eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 65 Pfg. auf 80 Pfg. unter gleichzeitiger entsprechender Herabsetzung des Extrabeitrages und Neuregelung der Unterstützungszweige. — Der Verband der Friseurgehilfen und der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins erlassen Aufrufe zu planmäßigen freiwilligen Sammlungen und Beitragsleistungen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein tüchtiger Rechtsanwalt. Der Berliner Rechtsanwalt Isidor Faß, der bald nach Kriegsbeginn eine der größten Fleischkonservenfabriken ins Leben rief, für die er merkwürdigerweise Riesenheereslieferungen erhielt, obwohl ihm alle fachmännischen Kenntnisse fehlten, begnügte sich mit den Millionengewinnen seiner Fabrik nicht, sondern er hielt es auch für standesgemäß, entgegen den ihm von der Intendantur auferlegten Bedingungen bestimmte Fleischsorten nicht zu 99 Pfg. das Pfund den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen. Herr Faß sah es vielmehr als einträglicher an, dieses Fleisch zu 2,20 bis 2,40 Mk. an andere Unternehmer zu verschieben, und wurde nunmehr dafür in eine Geldstrafe von 30 000 Mark genommen. Er wird diese Gewinnkürzung leicht verschmerzen, so daß der Strafzweck kaum erreicht werden dürfte. Deshalb ist es bedauerlich, daß noch immer keine Möglichkeit besteht, das Strafmaß der Vermögenslage wohlhabender Sünder anzupassen.

Aus Nah und Fern.

Kriegswuchergeschäfte eines Siebzehnjährigen. Wegen umfangreicher Kriegswuchergeschäfte und Geheimschlachtungen, die er seit einem halben Jahre betrieb, ist in Lissa (Provinz Posen) der 17jährige Fleischerlehrling Stefan Cichon verhaftet worden. Er hatte im Kreise Lissa Butter, Eier, Seife, Gänse und Schweine in großen Mengen aufgekauft und mit Wucheraufschlägen nach Berlin und Remscheid weiterverkauft. In einer Geheimschlachterei, die er bei einem Bauern in Cedlitzwalde eingerichtet hatte, schlachtete er zahlreiche Ferkel ab, die er dann zu Preßwurst verarbeitete und gleichfalls zu Schwindelpreisen nach Berlin weiter vertrieb. Er hat auf diese Weise viele Tausende verdient und war so in der Lage, sich unter dem angenommenen Namen „von Zaremba“ mit einer Fraustädter Bürgerstochter zu verloben. Diesem Idyll sowie dem Aufschwung des 17jährigen Kriegsspekulanten machte die Polizei ein jähes Ende.

Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich am Montag abend gegen 8 Uhr in Essen auf der Linie Hauptbahnhof–Margarethenhöhe. Infolge Versagens der Bremse entgleiste ein Motorwagen mit so starker Gewalt, daß er auf den Kopf zu stehen kam. Die Wagen Motorwagen mit Anhängewagen, waren stark besetzt. Unter den umgestürzten Wagen wurden drei Tote hervorgezogen; etwa 20 Fahrgäste wurden verletzt, darunter mehrere lebensgefährlich.

Gattenmord. Der Maurer Richard May aus Altendorf bei Schandau ermordete, wie dem „B. T.“ aus Dresden gemeldet wird, auf Veranlassung seiner Geliebten seine Frau und warf die Leiche in die Elbe. May und seine Geliebte wurden verhaftet. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Kleines Feuilleton.

Wie der Berliner Zensor genasführt wurde.

Nicht jetzt geschah es, sondern im Anfang der vierziger Jahre, als auch noch in der Friedenszeit der Zensor seines Amtes waltete. In einem Zimmer des alten Fürstenhauses in Berlin, in der Kurstraße, saß er und las jede der für die Oeffentlichkeit bestimmten Mitteilungen, die damals noch alle in das „Berliner Intelligenz-Blatt“ eingerückt werden mußten, weil ein Teil des Reinertrages dieser Zeitung zum Unterhalt des Potsdamer Militär-Waisenhauses bestimmt war. Einem einzigen gelang es einmal, diesen gestrengen Zensor zu nasführen, nämlich dem Kriminal-Aktuarius Stein, der stets allerlei tolle Streiche machte, und der später als „Flüchtling“ in der Schweiz starb. Es war kurz nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., als der Minister Rochus von Rochow um seinen Abschied bat, der ihm auch bewilligt wurde. Rochow war im höchsten Grade unbeliebt, und es ist die Frage, ob der Aktuarius Stein seinen Scherz an diesem auslassen oder dem Zensor eins am Zeuge flicken wollte. Genug, eines Tages erschien im „Intelligenzblatt“ mitten unter Schlafstellen- und ähnlichen Anzeigen die Ankündigung: „Meinen Hausdiener Rochow habe ich heute entlassen. Friedrich Wilhelm König.“ Natürlich wurde die Anzeige mit allgemeiner Heiterkeit gelesen, freilich nicht von Herrn von Rochow, der aber als Minister a. D. nichts zu tun vermochte, zumal die Annonce zensuriert war. Der arme Zensor tobte über sein Mißgeschick; aber der König tröstete ihn.

Was kostet das Trommelfeuer?

Eine eigenartige Berechnung über die Kosten eines Trommelfeuers in dem heute bei den großen Offensiven an der Westfront üblichen Stärkegrad unternahm kürzlich der Organisator der französischen Artillerie, General Perein. Nach seinen Untersuchungen würde zur Zerstörung einer Schützengrabenfront in Gesamtlänge von 50 Kilometer die ungeheure Menge von 40 Millionen Artilleriegeschossen erforderlich sein. Der Herstellungspreis dieser Munition käme bei niedrigster Berechnung auf 10 Milliarden Franken. Um eine solche Geschoßmenge in voller Zahl für ein Unternehmen bereitzustellen, wäre die Tätigkeit einer Million Arbeiter zwei Jahre lang erforderlich. Aus den Einzelheiten der Berechnung ist zu entnehmen, daß jeder Schuß aus einer französischen 15,5-Zentimeter-Kanone sich auf ungefähr 250 Franken stellt, wobei auch die Abnützung des Geschützes mitberechnet ist. Um einen einzigen Meter modern befestigten Schützengrabens durch Trommelfeuer regelmäßig zu zerstören, sind nach den französischen Erfahrungen im Westen im Durchschnitt mindestens 100 Artillerieschüsse erforderlich. Wenn es aber wirklich die Zerstörung einer Schützengrabenfront von 50 Kilometer Länge gälte, wäre mit der artilleristischen Vernichtung einer entsprechenden Schützengrabenstrecke allein die Aufgabe durchaus noch nicht völlig gelöst. Es müssen auch die Laufgräben eingeebnet werden, außerdem muß man noch eine Unmenge Munition für das Sperrfeuer, die Beschießung der Truppen und die Flieger, für das Abwehrfeuer und das Zum-Schweigen-Bringen der feindlichen Batterien zur Verfügung haben. Insgesamt wären also in einem solchen Falle nicht 40, sondern 80 Millionen Artilleriegeschosse im Werte von 20 Milliarden Mark notwendig. Daher erklärt der französische General zum Schluß, daß die jetzigen Mittel den Versuch einer rein artilleristischen Zerstörung der deutschen Westfront als aussichtslos erscheinen lassen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Heraus mit dem Obst!

Die Zeitungen berichten aus verschiedenen Städten, daß den berufsmäßigen Obsthamsterern und Obstverteurern mit Erfolg zu Leibe gegangen wurde. Wie wäre es, wenn die maßgebenden Stellen auch hier einmal Umschau hielten? Wie anderwärts, so war auch hier in Lübeck eines schönen Tages alles Obst verschwunden, und es gehört kein großes Begriffsvermögen dazu, um hierin eine Verabredung zu sehen. Die Händler haben gute Geruchsnerven und wissen, wie der Hase läuft. Ist es denn noch keinem Mitglied der Polizeibehörde oder Preisprüfungsstelle aufgefallen daß ein reichlich vorhandener Artikel so mir nichts dir nichts verschwindet? Haben gewisse Herrschaften ihre Vorratskammern voll oder glauben sie, daß das Volk von der papiernen Marmelade, von Beruhigungswaschbetteln oder von dem versprochenen Knochenfett satt wird? Da von einer so dringend notwendigen Verteilung von Gritzpräparaten usw. zurzeit keine Rede ist, müßte sich doch im Rate hoher Herren ein wenig das Gewissen regen. Doch es scheint, daß dort, wo der Taler keine Rolle spielt alles Wurst ist. Und bei einer solchen Wirtschaftsweise wundert man sich, wenn Schleichhandel und Gaunerei in die Schosse treiben? Es wird allerhöchste Zeit, daß sofort eine Razzia, und zwar unangemeldet, unternommen wird. Man will uns doch nicht weismachen, es sei nichts mehr da! Wer hat es denn gekauft und für wen sind Planwagen voll Obst bestimmt, die immer noch zum Burgtor hereinrollen?

Einer, der trocken Brot zu essen gewohnt ist, der aber doch seinen Kindern bei aller Geldknappheit auch einmal einen Apfel gönnte.

Die Knochenverteilung am Hafen.

Die Knochenverteilung am Hafen liegt trotz der verschiedensten Beschwerden noch immer im Argen. Beobachtet man demgegenüber die Fabriken, so findet man, daß dieselben alle acht oder vierzehn Tage Knochen, Rippen oder Backenfleisch erhalten. Wir am Hafen, die wir doch gewiß als Schwerstarbeiter anzusehen sind, und häufig bis 8 Uhr abends arbeiten müssen, bekommen jedoch nur alle 4 Wochen Knochen. Am Dienstag sollten wir Knochen erhalten; wie erstaunte ich aber, als ich im Hause nur einen halben Kopf zu 55 Pfg. vorfand. Meine Frau hatte bei der Ausgabe gefragt, ob denn keine Rippen oder kein Backenfleisch oder Markknochen da seien. Nein, wurde erklärt, wir bekommen auch nicht mehr. Warum schickt denn Herr Cabow alle Markknochen, Rippen und Backenfleisch in die Fabriken? Warum bekommen wir am Hafen nichts hiervon ab? Aber es ist mal so, die Pferde, die den Hafer verdienen, bekommen ihn nicht. Ich ersuche den Ernährungsausschuß, sich doch einmal dieser Sache anzunehmen und für eine vernünftige und gerechte Verteilung Sorge zu tragen; sonst können wir nicht durchhalten.

Einer für viele.
W. St

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 2. November 1917 werden im Einvernehmen mit dem Vertrauensmann folgende Vorschriften erlassen und sofort in Kraft gesetzt:

1. Ohne Berechnung eines Aufpreises werden jedem Abnehmer elektrischen Stromes für Licht, Kraft oder sonstige Zwecke 50 Kilowattstunden im Jahr zugebilligt. Die Monatsmengen werden jeweilig bekanntgegeben.
   Abnehmern, die schon einen größeren Verbrauch hatten, werden ohne Berechnung eines Aufpreises im allgemeinen 80% des Verbrauchs in der gleichen Zeit des Kalenderjahres 1916, von Monat zu Monat gerechnet, zugestanden.
   Bei neuhinzugetretenen Abnehmern wird der zulässige Verbrauch vom Vertrauensmann festgesetzt.
2. Die Aufgaben des Vertrauensmannes sind dem Direktor Hase übertragen.
3. Anträge und Beschwerden, auch in den der Entscheidung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vorgesehenen Fällen, sind an den Vertrauensmann zu richten.

Lübeck, den 14. November 1917. (3580

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Die auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 festgesetzten Höchstpreise vom 22. Oktober 1917 und 1. November 1917 behalten bis auf weiteres mit folgenden Aenderungen, die am Montag, dem 19. November 1917, in Kraft treten, Gültigkeit:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. a) Spinat (Blattspinat la loser)	30 Pf.	39 Pf.	50 Pf.
b) Wurzel- und Rapsspinat, la. loser	20 „	25 „	30 „
2. Mairüben u. Schmalzrüben	3 „	5 „	7 „
3. Herbstrüben (Stoppel- u. Wasserrüben	1½ „	3 „	5 „
4. Zwiebeln	11½ „	18½ „	24 „
5. Rote Beet n	10 „	13 „	16 „

Sämtliche Höchstpreise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Richtpreise für Zitronen, Pilze und Hagebutten werden aufgehoben.

Lübeck, den 14. November 1917. (3592

Landesstelle für Gemüse und Obst.